

## Der Potsdamer Telegrafenberg

### Ein traditionsreicher Forschungsstandort zwischen DDR und wiedervereinigtem Deutschland

Ralph Boch

Zum Festakt anlässlich der Verabschiedung von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Emmermann  
am 8.1.2008



GeoForschungsZentrum Potsdam

2008

Impressum  
GeoForschungsZentrum Potsdam  
in der Helmholtz-Gemeinschaft  
Telegrafenberg  
D 14473 Potsdam

e-mail: [postmaster@gfz-potsdam.de](mailto:postmaster@gfz-potsdam.de)  
www: <http://www.gfz-potsdam.de>

Gedruckt im Potsdam, 2008

Die vorliegende Arbeit ist in elektronischer Form erhältlich  
doi: 10.2312/GFZ.hist001

## **Der Potsdamer Telegrafenberg –**

### **Ein traditionsreicher Forschungsstandort zwischen DDR und wiedervereinigtem Deutschland**

Auf dem Potsdamer Telegrafenberg wird seit mehr als 130 Jahren geowissenschaftliche und astrophysikalische Forschung betrieben, was dieses Ensemble aus Wissenschaftseinrichtungen zu einem der traditionsreichsten Forschungsstandorte dieser Art überhaupt macht. In den 1870er und 1880er Jahren des vorletzten Jahrhunderts hatten die Verhältnisse im zunehmend urbanisierten Berlin für eine Reihe geowissenschaftlicher und astronomischer Arbeitsfelder Standortprobleme mit sich gebracht. Diese waren vom preußischen Staat in den Jahren zwischen 1876 und 1893/1899 in großzügiger Form gelöst worden, indem drei aufwändig gestaltete und ausgestattete Observatorien und Forschungsinstitute für Astrophysik, Geodäsie und Meteorologie/Magnetik geschaffen wurden, die man räumlich und auch institutionell außerhalb der Strukturen des akademischen Berlin auf einer Anhöhe unweit des Potsdamer Bahnhofs ansiedelte.<sup>1</sup> Bis zum heutigen Tag beheimatet das damals geschaffene Ensemble geowissenschaftliche Forschungseinrichtungen<sup>2</sup>, gleichzeitig treten hinter der langen Tradition die Diskontinuitäten der Telegrafenberggeschichte oft in den Hintergrund. Dabei kam es gerade im Verlauf des von Eric Hobsbawm so genannten „Zeitalter der Extreme“ in und um solche Wissensräume wiederholt zu dramatischen Veränderungen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Die Königlichen Observatorien für Astrophysik, Meteorologie und Geodäsie bei Potsdam. Hrsg. von den beteiligten Directoren, Berlin 1890; Lothar Lerbs: Über die Entwicklung des Geodätischen Instituts Potsdam von der Gründung 1870 bis zur Eingliederung in das Zentralinstitut Physik der Erde 1969, Diss. Potsdam 1970; Heinz Kautzleben/Heinz Stiller: Die Geschichte des Geodätischen Instituts Potsdam, in: Beiträge zur Geschichte des Zentralinstituts für Physik der Erde und der in ihm aufgegangenen Institute, Potsdam 1974 (o.S.); Hans-Günther Körber: Die Geschichte des Meteorologischen Observatoriums Potsdam, Offenbach 1993; Michael Bollé: Einsteins große Brüder. Die Observatorien auf dem Telegraphenberg, in: Brandenburgische Denkmalpflege 2 (1993) S.73-97; Dieter B. Herrmann/Karl-Friedrich Hoffmann (Hrsg.): Die Geschichte der Astronomie in Berlin, Berlin 1998.

<sup>2</sup> Im „Wissenschaftspark Albert Einstein“ sitzen heute (Stand 2007): 1. „GeoForschungsZentrum Potsdam“ (Institut der Helmholtz-Gemeinschaft, ca. 780 Mitarbeiter) 2. „Forschungsstelle Potsdam der Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“ (Institut der Helmholtz-Gemeinschaft, ca. 80 Mitarbeiter) 3. „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (Institut der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, ca. 150 Mitarbeiter) 4. „Sonnenobservatorium Einsteinturm des Astrophysikalischen Instituts Potsdam“, 5. „Meteorologisches Observatorium Potsdam des Deutschen Wetterdienstes“ (hat seine Observatoriumstätigkeit im Jahr 2000 eingestellt).

<sup>3</sup> Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995; Mitchell G. Ash: Räume des Wissens – was und wo sind sie? in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000) S.235-242.

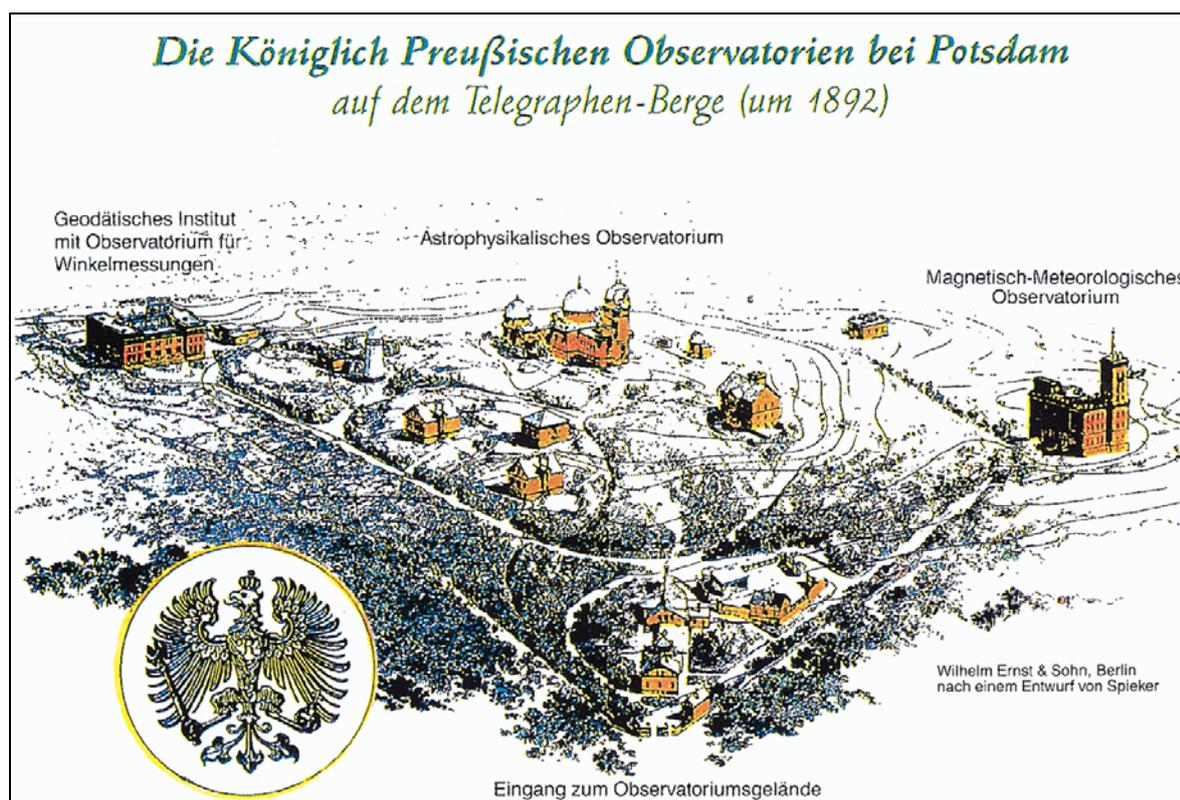


Abb. 1: Karte des historischen Telegrafenberg-Geländes

So auch auf dem Telegrafenberg: Die Institute hatten in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg nicht nur einen kontinuierlichen personellen und institutionellen Ausbau, sondern durch ihre vielfach bahnbrechenden Arbeiten z.B. in der erdmagnetischen, seismologischen und gravimetrischen Forschung auch einen stetigen, weit über die deutschen Grenzen hinausweisenden Reputationsgewinn erfahren. Doch bereits der Erste Weltkrieg und seine Folgen leitete für die stark inter- und transnational ausgerichteten Einrichtungen eine umfassende Stagnations- und Neuorientierungsphase ein. Mit dem Jahr 1945 fielen die Institute dann in den Bereich der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, wo die außeruniversitäre Wissenschaftslandschaft des aufgelösten preußischen Staates eine weitreichende Neuorganisation erfuhr.<sup>4</sup> Die Telegrafenbergereinrichtungen kamen und verblieben unter dem mehrfach reorganisierten Dach der „Akademie der Wissenschaften“, bis sich am Ende der 1980er Jahre ein erneuter Bruch von epochaler Dimension

<sup>4</sup> Vgl. Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR: Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000; Wolf Dietrich Hartung/Werner Scheler (Hrsg.): Die Berliner Akademie nach 1945. Zeitzeugen berichten, Berlin 2001; Jürgen Kocka (Hrsg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002; Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hrsg.): Auf dem Weg zur "Produktivkraft Wissenschaft", Leipzig 2002.

abzeichnete, dessen Verlauf hier im Mittelpunkt stehen soll: Stellte sich im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 doch die Frage, ob und in welcher Form die Forschungstraditionen des Potsdamer Telegrafenberges weitergeführt werden sollen. Der vorliegende Text unternimmt einen ersten Versuch, sich den politischen, personellen und institutionellen Dimensionen dieses Bruchs, der sich selbst vor dem Hintergrund der wechselvollen Telegrafenberggeschichte präzedenzlos ausnahm, auf akten- und quellengestützter Basis anzunähern.<sup>5</sup>

### **Der Telegrafenberg in der SBZ/DDR 1945/49-1989**

Der Kontext der hier im Mittelpunkt stehenden Ereignisse wird kaum verständlich, wenn man sie nicht vor dem Hintergrund der Nachkriegsgeschichte des Potsdamer Forschungsareals betrachtet. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges hatten die Institute in Potsdam massiv getroffen. Nicht nur was den Verlust an Personen, Instrumenten und Gebäuden anging: Im Rahmen der Besetzung und anschließenden Teilung Deutschlands fiel der Telegrafenberg in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. die DDR, der alte Bezugspunkt Berlin mit seinen Instrumentenherstellern, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen brach in der bis dahin gekannten Form weg. Zudem waren Wissenschaftler, Know-how und Daten in nicht unerheblichem Umfang verloren gegangen oder in Richtung Westzonen verlagert worden, wo schon bald die Neuerrichtung westdeutscher (Konkurrenz-) Einrichtungen begann, die den Verlust der in hohem Maße in und um Berlin konzentrierten ‚nationalen‘ Institutionen kompensieren sollten.<sup>6</sup>

Die Potsdamer Institute für Geodäsie und Astrophysik wurden in den folgenden Jahren Teil der umfassenden Sammlung von Forschungskapazitäten unter dem Dach der ehemals Preußischen, jetzt „Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, deren Rolle sich innerhalb nur weniger Jahre von der einer traditionellen Gelehrten-gesellschaft hin zum größten Forschungsträger des ostdeutschen Staates

---

<sup>5</sup> Gesichtet wurden dazu Akten des Brandenburgischen Landesarchiv (BLA), des Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), des Archiv des Wissenschaftsrats (Archiv des WR) und des GeoForschungsZentrums Potsdam. Auf Grund einer lange Zeit unsicheren Rechtslage und ausufernden Bearbeitungszeiten konnten die Akten der so genannten „Birthler-Behörde“, also der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nicht berücksichtigt werden. Für eine großzügige Unterstützung und kompetente Begleitung ist dem GeoForschungsZentrum Potsdam, insbesondere Herrn Dr. Bernhard Raiser und Herrn Dr. Jörn Lauterjung zu danken.

<sup>6</sup> Diese Teilungsgeschichte der Geowissenschaften ist nicht bzw. kaum untersucht. Wesentliche Einrichtungen in und um Berlin waren die „Preußische Geologische Landesanstalt/Reichsamt für Bodenforschung“, das „Reichsamt für Landesaufnahme“, das „Geodätische Institut“ in Potsdam und der „Reichswetterdienst“.

wandelte.<sup>7</sup> Hier verblieben sie zunächst als Einzelinstitute, seit dem Ende der 1960er Jahre dann unter dem Dach der im Rahmen der so genannten Akademiereform geschaffenen, zum Teil interdisziplinär angelegten „Zentralinstitute“.<sup>8</sup> So gingen im 1969 gegründeten „Zentralinstitut für Physik der Erde“ (ZIPE) das traditionsreiche „Geodätische Institut“ sowie die späteren Gründungen „Geotektonisches Institut“ „Geomagnetisches Institut“, „Institut für Geodynamik“ sowie kurzzeitig auch das im Südosten Berlins gelegene „Institut für physikalische Hydrographie“ Berlin auf.<sup>9</sup> Außerdem wurden wissenschaftsorganisatorische Einrichtungen, die im Bereich internationaler Forschungsprojekte koordinierend für die gesamten DDR-Geowissenschaftler gewirkt hatten, in das neue Großinstitut eingegliedert.<sup>10</sup> Damit waren der Potsdamer Zentrale Einrichtungen unterstellt, die sich räumlich weit über das Telegrafenbergareal hinaus auf das gesamte Territorium der DDR verteilten.<sup>11</sup> Innerhalb der Akademie wurde man größtes Einzel- und auch Leitinstitut im ebenfalls neu geschaffenen „Forschungsbereich Kosmische Physik“ (seit 1974 „Forschungsbereich Geo- und Kosmoswissenschaften“) und nahm im neuralgischen Prozess der Forschungsplanung fortan eine Schlüsselstellung ein. Damit war der Telegrafenberg spätestens zum Beginn der 1970er Jahre – analog zu der allgemein beobachtbaren Privilegierung der Akademie und den Zentralisierungstendenzen im DDR-Wissenschaftssystem – zum konkurrenzlosen Mittelpunkt der geo- und kosmoswissenschaftlichen Grundlagenforschung des ostdeutschen Teilstaates

<sup>7</sup> Vgl. Scheler (2000); Hartung/Scheler 2001; Kocka (2002).

<sup>8</sup> Vgl. Hubert Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre - wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997 S.35-59; Josef Reindl: Akademiereform und biomedizinische Forschung in Berlin-Buch, in: Gerhard Ritter u.a. (Hrsg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den "langen" siebziger Jahren, Frankfurt/M./New York 1999 S.329-360; Agnes Charlotte Tandler: Visionen einer sozialistischen Großforschung, in: ebd. S.361-375; dies.: Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955-1971, Freiberg 2000.

<sup>9</sup> Erster Direktor des ZIPE wurde der bisherige Leiter des Jenaer Institutsteils und maßgeblicher Mitgründer des neuen Zentralinstituts Heinz Stiller (\*1932), der bis in die 1980er Jahre der „Papst der Geo- und Kosmoswissenschaften“ der DDR bleiben sollte. Vgl. dazu den Abriss seines Nachfolgers Heinz Kautzleben: Das Zentralinstitut für Physik der Erde und die in ihm aufgegangenen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Zeitraum von 1950 bis 1973, in: Die Berliner Akademie von 1950 bis 1972. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 29 (1999) H.2 S.33-54.

<sup>10</sup> Dies war die „Arbeitsgruppe für extraterritoriale geodätische und geophysikalische Forschung“, die unter dem Dach des 1962 geschaffenen „Nationalkomitee der DDR für Geodäsie und Geophysik“ (und seiner Vorgängereinrichtungen) im Wesentlichen die ‚Auslandseinsätze‘ der DDR-Geowissenschaftler – dies war u.a. die Beteiligung an den sowjetischen Antarktisexpeditionen – koordiniert hatte.

<sup>11</sup> Auf dem Telegrafenberg saßen das „Geodätische Institut“ sowie der Teile des „Geomagnetischen Instituts“, das „Geotektonische Institut“ lag im Zentrum Ost-Berlins, das „Geomagnetische Institut“ hatte eine maßgebliche Außenstelle in Niemeck und das „Institut für Geodynamik“ sowie eine Außenstelle des Geotektonischen Instituts befanden sich in Jena; später kam noch eine Außenstelle des ZIPE in Berlin-Adlershof hinzu.

geworden.

Im Fall der Geowissenschaften zeugte diese stark politisch motivierte Schaffung eines Großinstituts vor dem Hintergrund einer stark interdisziplinären Fachentwicklung von beachtlicher Innovativität. Gleichzeitig waren einer wirklichen Integration der Institutsteile durch ihre divergierenden Verflechtungsbeziehungen, durch ihre räumliche Verteilung und die organisatorisch bis 1989 beibehaltene, stark disziplinäre Institutsgliederung deutliche Grenzen gesetzt. Zudem musste der Auf- und Ausbau solcher Leiteinrichtungen zu Lasten z.B. von Hochschuleinrichtungen (im Fall der Geowissenschaften vor allem die Bergakademie Freiberg, die Universität Greifswald, die Universität Leipzig, die Universität Halle, TU Dresden) gehen, die mehr und mehr zu Ausbildungseinrichtungen ohne nennenswerten Forschungsanteil degradiert wurden. Im ZIPE dagegen konnten mit vergleichsweise guter Ausstattung sowohl ‚Potsdamer Traditionen‘ – z.B. langfristige Messreihen und Beobachtungen – fortgeführt, außerdem anwendungs- und grundlagenorientierte Projekte z.B. im Bereich der Geophysik, der Satellitengeodäsie und der Polarforschung durchgeführt und koordiniert sowie eine Vielzahl von Außenstellen und Messstationen unterhalten werden.

Eine formative und langfristige Bedeutung erlangte die Akademiereform auf personeller Ebene. Auf dem Telegrafenberg war zum Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre die erste ‚echte‘ DDR-Generation von Wissenschaftlern, die Ausbildung und Aufstieg komplett unter den Bedingungen des ostdeutschen Teilstaates erlebt hatte, in Leitungspositionen aufgestiegen. Die damals getroffenen personellen Entscheidungen entfalteten im Bereich der Geo- und Kosmoswissenschaften große Langzeitwirkung, war doch ein guter Teil der in den Jahren nach 1969 bestellten Protagonisten Ende der 1980er Jahre immer noch in maßgeblicher Verantwortung.

Ansonsten hatten die Veränderungen der Akademiereform in sehr unterschiedlichem Maß Bestand: Die ‚Zentralinstitute‘ und ‚Forschungsbereiche‘ gab es noch Ende des Jahres 1989 in nur wenig veränderter Form, während eine damit eng verbundene Mischung aus Staatsfinanzierung und Auftragsbindung wiederholt neu justiert worden war, ohne dass sich allerdings die zentrale Rolle staatlicher Plan- und Langfristprogramme wesentlich verändert hätte. Seit Mitte der 1980er Jahre galten hier die Bestimmungen der so genannten ‚Forschungsverordnung‘, die Kombinate und Betriebe dazu verpflichtete, projektformige Beziehungen zu Einrichtung der

Grundlagen- und angewandten Forschung aufzubauen. Aus solchen Vereinbarungen flossen dem ZIPE seit Mitte der 1980er Jahre zwischen 20 und 25% seiner Mittel zu, maßgeblich aus Aufträgen des „VEB Kombinat Erdöl/Erdgas“, des „VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie“ sowie des „VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung Halle“.<sup>12</sup>

Jenseits solcher Elemente der politischen Steuerung zeigte sich die Forschungspraxis in den 1970er und 1980er Jahren massiv vom sicherheitspolitischen Regime des ostdeutschen Staates sowie den sich verschärfenden wirtschaftlichen Problemen geprägt. Wie an anderen Akademieinstituten und Wissenschaftseinrichtungen auch, war die Arbeit der Geowissenschaftler tief vom DDR-spezifischen System der „Reisekader“, „Geheimnisträger“ und ausufernden Sicherheitsvorschriften durchdrungen, das Handlungsräume und Wissenszugänge unter den Mitarbeitern höchst ungleich und: oft nach parteipolitischen Kriterien verteilte.<sup>13</sup>

Zusätzlich lasteten in den 1980er Jahren die technologischen und wirtschaftlichen Probleme der späten Honecker-Jahre immer schwerer auf der Institutsarbeit. Der Substanzverlust der DDR-Wirtschaft wirkte in vielfältiger Weise auf die Arbeit der Wissenschaftseinrichtungen zurück, deren technische Infrastruktur in stetig wachsendem Umfang durch Arbeitskraft und Eigenbau substituiert werden musste. Ein Problem bei dem neben der Technologie- auch die notorische Devisenschwäche der DDR und die Importembargos des Kalten Krieges eine Rolle spielten.<sup>14</sup>

Der Telegrafenberg war in den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 in den staatlich-territorialen Rahmen des geteilten Deutschland und damit in die Raumordnung des Kalten Krieges eingefügt worden. Nun, zum Ende der 1980er Jahre sollten die damit verbundenen Konstellationen innerhalb nur weniger Monate nahezu vollständig

---

<sup>12</sup> Deren Aufträge machten in den Jahren 1988/1989 zwischen 75 und 90% des Auftragsvolumens aus. Weitere Auftraggeber waren das VEB Kombinat Geophysik, das VEB Kombinat Kali oder das Braunkohlekombinat Senftenberg. Vgl. Prozentuale Beteiligung der Geschäftspartner an den Einnahmen aus der industriegebundenen Grundlagenforschung in den Jahren 1988–I/1990. in: Informationen für den Wissenschaftsrat der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (August 1990), Anlagen S.40, in: Archiv des WR SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>13</sup> Vgl. Stefan Wolle: Das System der Reisekader als Instrument der DDR-Wissenschaftspolitik, in: Materialien der Enquete-Kommission, Band IV/2, Baden-Baden 1999 S.1597-1689; Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, Berlin 2000; Vera Enke: Sonderregistraturen an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1945-1991: Untersuchungen und Analysen zur Überlieferungslage, Diss. Berlin 2001; Jens Niederhut: Die Reisekader: Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR, Leipzig 2005.

<sup>14</sup> Maßgeblich war hier das 1949/1950 ins Leben gerufene „Coordinating Committee for East West Trade Policy“, deren ständig aktualisierte „CoCom“-Listen die maßgeblichen Dokumente dieses Technologieembargos waren. Vgl. Michael Mastanduno: Economic Containment: CoCom and the Politics of East-West Trade, Ithaca, NY 1992.

erodieren. In diesem Zusammenbruch des ostdeutschen Staates kulminierten mehrere kurz-, mittel- und langfristige, aber auch regionale und internationale Prozesse und Ereignisketten, von denen sich Spuren auch auf dem Telegrafenberg nachweisen lassen.<sup>15</sup> Eine umfassende, standortbezogene Mikrogeschichte soll allerdings nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein, vielmehr soll hier das Hauptaugenmerk auf wesentliche Linien des institutionellen und personellen Wandels gerichtet und dabei ein zeitlicher Fokus auf die zentrale Umbruchphase zwischen 1989 und 1991/1992 gelegt werden. Aus der Potsdamer Binnenperspektive nahm dieser Umbruch – im Sinne des allmählichen, bald aber rasanten Aufbrechens des in den DDR-Jahren gewachsenen Ordnungsgefüges – in der ersten Hälfte des Jahres 1989 seinen Anfang, um dann im Herbst desselben Jahres seine volle Dynamik zu erreichen. Parallel zum Zusammenbruch der in den DDR-Jahren geschaffenen Strukturen nahm im Umbruchjahr 1989/1990 dann ein in zunehmendem Maße von westdeutschen Akteuren und Perspektiven gesteuerter Umbau seinen Verlauf, der bereits zum Ende des darauf folgenden Jahres 1991 zu seinem formalen Abschluss kam. Zu diesem Zeitpunkt waren – zwei Jahre nach dem Fall der Mauer – die Akademieinstitute auf dem Telegrafenberg in ein gesamtdeutsches, stark bundesrepublikanisch geprägtes Wissenschaftssystem eingefügt worden.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Vgl. Konrad H. Jarausch: Implosion oder Selbstbefreiung? Zur Krise des Kommunismus und Auflösung der DDR, in: Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln u.a. 2000 S.543-567; Stefan Bollinger: Die finale Krise – Ein Problemaufriß, in: ders. (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004 S.12-54.

<sup>16</sup> Vgl. Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, wo v.a. kognitive Dimensionen des Vereinigungsprozesses in den Blick genommen werden; zu institutionellen Dimensionen, v.a. mit Blick auf die Akademie vgl. Mayntz (1994); Wolf (1996); Hubert Laitko: Abwicklungsreminiszenzen: Nach-Denken über das Ende einer Akademie, in: hochschule ost 6 (1997) S.55-81; Hans-Hermann Hartwich: Die „Erneuerung“ des ostdeutschen Wissenschaftssystems im Prozess der Wiedervereinigung: Eine kritische Bilanz, in: Wolfgang Thierse (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Einheit: Eine Bilanz, Opladen 2000 S.149-159.



Abb. 2: Luftbild des Telegrafenberges um 1988.

## II. Das Jahr 1989 auf dem Telegrafenberg

Zu Beginn des Epochenjahres 1989 kam es an der Spitze des größten Telegrafenberginstituts, dem „Zentralinstitut für Physik der Erde“ (ZIPE) zu einer Neubesetzung, die mit dem Ende einer „Ära“ gleichzusetzen war: Der zu diesem Zeitpunkt seit 18 Jahren amtierende Direktor Heinz Kautzleben wurde zum Leiter des „Instituts für Kosmosforschung“ in Berlin-Adlershof berufen.<sup>17</sup> Mit Kautzleben verließ nicht nur der Direktor des ZIPE, sondern ein multipler Funktionsträger des DDR-Wissenschaftssystems den Telegrafenberg.<sup>18</sup> Der schon in jungen Jahren in maßgebliche Positionen aufgestiegene Kautzleben hatte im Gefüge aus Partei, Staatsführung und Akademieleitung auf mehreren Ebenen Schlüsselpositionen

<sup>17</sup> Vgl. Horst Hoffmann: Die Deutschen im Weltraum. Zur Geschichte der Kosmosforschung in der DDR, Berlin 1998; Katharina Hein-Weingarten: Das Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR: ein Beitrag zur Erforschung der Wissenschaftspolitik der DDR am Beispiel der Weltraumforschung von 1957 bis 1991, Berlin 2000.

<sup>18</sup> Kautzleben hatte bis dahin auch als Leiter des wichtigen Steuerungsgremiums „Forschungsbereich Geo- und Kosmoswissenschaften“ der Akademie (seit 1984), als Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Rates des Forschungsprogramms Geo- und Kosmoswissenschaften“ (ebenfalls seit 1984), als so genannter „Regionalvertreter der Akademie für den Bezirk Potsdam“, als Vorsitzender des „Kooperationsrates Wissenschaft und Technik“ des Bezirkes Potsdam sowie nicht zuletzt als Mitglied der SED-Bezirksleitung fungiert. Vgl. Kautzleben an Tzschoppe vom 2.12.1984; Rede Tzschoppes zur Amtseinführung Hurltigs am 9.1.1989, beides in: BLA Rep. 401 Nr. 23805.

eingonnen und in vielerlei Hinsicht das Profil des politisch-ideologisch und fachlich ausgewiesenen „Leitungskaders“, des „Doppelstaatsbürgers von Partei und Fach“ idealtypisch ausgefüllt.<sup>19</sup> Sein Nachfolger wurde der seit der 1970er Jahren am ZIPE arbeitende, ebenfalls in verschiedenen Gremien tätige Eckart Hurtig: Er sollte gleichzeitig auch der letzte Direktor des traditionsreichen Instituts werden.

Einige Monate vor diesem Führungswechsel war es auch zu einer institutionellen Reorganisation gekommen und der lange Zeit dem ZIPE zugehörige Bereich „Geophysikalische Festkörper- und Hochdruckforschung“ war als „Forschungsstelle für Hochdruckforschung“ (FHD) mit ca. 80 Mitarbeitern in eine eigenständige Akademieeinrichtung überführt worden. Damit sollte eine auf die Synthese supraharter Materialien ausgerichtete, anwendungsorientierte Einrichtung geschaffen werden, von der man sich auch international Chancen auf dem Markt z.B. der Industriediamantenherstellung erhoffte. Gleichzeitig wurden damit aber auch interne und personelle Spannungen aufgelöst<sup>20</sup>, zum Leiter der neuen Forschungsstelle wurde nämlich der in wissenschaftspolitischer Hinsicht und innerhalb des ZIPE mehr und mehr isolierte Heinz Stiller berufen.<sup>21</sup>

Die Arbeit der beiden geowissenschaftlichen Institute auf dem Telegrafenberg (ZIPE, FHD) vollzog sich zu diesem Zeitpunkt in einem Geflecht aus wissenschaftspolitischen Steuerungsgremien und –instrumenten, das seine Form im Wesentlichen im Verlaufe der 1970er und 1980er Jahre angenommen hatte. Das heißt, für die Grundlagenforschung in den Geowissenschaften war als maßgebliches Instrument der Plan der „Hauptforschungsrichtung 5.02 Physik der Erde“ in Kraft, der wiederum in Zusammenhang mit dem Fünfjahrplan für den Zeitraum von 1986 bis 1990 stand. Angesichts des bevorstehenden Auslaufens dieses Plans setzte in der ersten Hälfte des Jahres 1989 eine Welle prognostischer Aktivitäten ein, um den turnusmäßig anstehenden Plan für die Jahre 1991 bis 1995 vorzubereiten. In diesem Zusammenhang legte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Heinz Kautzleben im März 1989 eine „Langfristige Entwicklungskonzeption für die Geo- und Kosmoswissenschaften an der AdW der DDR“ vor.<sup>22</sup> Dem Papier lag die ernüchternde Feststellung zugrunde, dass „die meisten AdW-Institute ... auf ihre

<sup>19</sup> Die Metapher vom „Doppelstaatsbürger“ geht zurück auf György Konrad/Ivan Szelenyi: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/M. 1978.

<sup>20</sup> Vgl. die Aktennotiz über Gespräch Engelhardt/Kautzleben am 23.3.1988, in: BLA Rep. 530 Nr. 7735.

<sup>21</sup> Stiller war 1984 aus den meisten, oben genannten Funktionen abberufen worden, die Anfang 1989 Kautzleben besetzte. 1986 war er als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates des Forschungsprogramms Interkosmos, 1987 als Vizepräsident der Akademie abberufen worden. Vgl. ebd.

heutige Leistungsfähigkeit vor 1 bis 2 Jahrzehnten gebracht wurden“, das Personal überaltert und die technische Ausstattung nur ungenügend sei, was sich angesichts der stürmischen Entwicklung der in den globalen Forschungsprogrammen eingesetzten Technologien dramatisch ausnehme.<sup>23</sup> Kautzleben bemerkte hierzu einige Wochen später:

„Es ist durchaus noch nicht gesichert, dass wir auch zukünftig das Niveau im internationalen Tempo steigern können. (...) Methodisch zeichnet sich immer deutlicher ein Rückstand gegenüber dem internationalen Niveau, besonders aber gegenüber dem internationalen Entwicklungstempo ab. Wir können auf immer weniger Gebieten der modernen Forschungstechnik mithalten. Diese Schwierigkeiten wirken sich sehr negativ bei der internationalen Forschungskoooperation aus, hemmen uns daran, die internationalen Probleme anzugehen.“<sup>24</sup>

Der fachliche Teil des Papiers machte deutlich, wie aufmerksam und zeitnah die Potsdamer Wissenschaftler internationale Fachentwicklungen rezipierten, gleichzeitig aber nicht in der Lage waren, an diesen nennenswerten forschungspraktischen Anteil zu nehmen. So wies man auf aktuellstem Wissenstand auf die Dynamik des Forschungsfeldes und die Problemdimension des „global change“ hin<sup>25</sup>, doch schätzte man das in den Instituten der Akademie konzentrierte Potential für Grundlagenforschungen dieser Art als „insgesamt klein“ ein, zumal „aufgrund der ökonomischen Situation der DDR die AdW nur geringe personelle Erweiterungen erfahren wird und auch die materiell-technische Absicherung weiter auf Schwerpunkte konzentriert werden muß.“<sup>26</sup> Eine interne Analyse der Akademie hatte in diesem Zusammenhang festgestellt, dass Ende der 1980er Jahre ca. 90% der „höchstwertigen wissenschaftlichen Geräte und Informationstechniken nur in den kapitalistischen Staaten hergestellt“ werden<sup>27</sup>, die notwendigen Kapazitäten zur Verbesserung der Ausstattung der Akademieinstitute von Seiten der Wirtschafts- und Forschungsplanung aber nur in ungenügendem Maße zur Verfügung standen. Der Präsident der Akademie Werner Scheler schilderte die Situation dramatisch: Die materiell-technische Basis der Institute – und damit meinte er nicht nur die forschungstechnologische, sondern auch die infrastrukturelle – sei im ständigen

<sup>22</sup> Langfristige Entwicklungskonzeption für die Geo- und Kosmoswissenschaften an der AdW der DDR, Entwurf vom 23.3.1989, in: BLA Rep. 465 ZIPE Bereich I 1098.

<sup>23</sup> Ebd. S.4.

<sup>24</sup> Kautzleben: Diskussionsbeitrag zur Arbeitsberatung der AdW und des MHF am 18. und 19.5.1989 S.3 und S.4, in: AABAW Nsch. A 938.

<sup>25</sup> Ebd. S.2; zur Entwicklungsgeschichte vgl. Robert G. Fleagle: Global Environmental Change. Interactions of Science, Policy and Politics in the United States, Westport 1994.

<sup>26</sup> Kautzleben: Diskussionsbeitrag zur Arbeitsberatung der AdW und des MHF am 18. und 19.5.1989 S.3 und S.4, in: AABAW Nsch. A 938 S.1.

<sup>27</sup> Scheler (2000) S.269; der Gerätebestand der Akademieinstitute setzte sich zu diesem Zeitpunkt zu 32% aus Produkten der DDR-Industrie, zu 25 % aus westlichen Importen, zu 19% aus Importen aus sozialistischen Staaten und zu 24 % aus eigener Herstellung zusammen.

Absinken begriffen, in vielen Fällen sei das vertretbare Maß soweit unterschritten, dass Forschungsinhalte bereits entlang dieser limitierenden Faktoren festgelegt werden würden.<sup>28</sup> Allein für die „einfache Reproduktion der Forschungsausrüstungen“ – d.h. Erweiterungen und Neuanschaffungen waren nicht eingerechnet – errechnete das ZIPE für die Planjahre 1991 bis 1995 einen Finanzbedarf von 5 Mio. (Ost) Mark und – trotz strenger Vorgaben zur „Importablösung“ – weitere knapp 2 Mio. „Valuta-Mark“.<sup>29</sup>

Entsprechend konnte das ZIPE-Dokument einen internationalen Trend zu kosten- und technologieintensiven Großprojekten nur noch referieren, eine aktive Teilnahme aber wurde nicht mehr in Erwägung gezogen. Auch beim Datenaustausch wurde die Situation kritisch beurteilt, bildete doch hier die nur ungenügende Ausstattung mit aktueller Informations- und Kommunikationstechnologie ein massives Hindernis.<sup>30</sup>

Als Gegenmaßnahme meldete das ZIPE nur einen erheblich erhöhten Personalbedarf zur hausinternen Kompensation – d.h. zum Eigen- und Nachbau – an, die chronische Devisen- und Technologieschwäche der späten DDR-Jahre verstellte andere Alternativen.<sup>31</sup> Damit war offenbar: Neben die politisch-territorialen Beschränkungen des Kalten Krieges waren im Laufe der Jahre Defizite getreten, die den Telegrafenberg auch technologisch mehr und mehr vom Raum jenseits der Blockgrenzen abkoppelten. Das wog umso schwerer, als es in Folge des Wandels der DDR-Außenpolitik in den 1970er und 1980er Jahren den ZIPE-Wissenschaftlern durchaus gelungen war, in nichtstaatlichen Wissenschaftsorganisation Aufgaben und Funktionen zu übernehmen und ihre grenzüberschreitenden, auch deutsch-deutschen Kontakte in gewissem Umfang auszubauen. Vor diesem Hintergrund war die Feststellung eines weiteren Programmpapiers vom Herbst des Jahres 1989, dass „sich auf absehbare Zeit die wissenschaftlichen Beziehungen mit Einrichtungen in NSL (*nicht sozialistischen Ländern, Anm.d.V.*) auch weiterhin vor allem über den

<sup>28</sup> Referat des Präsidenten der AdW: Zur langfristigen Entwicklung der Grundlagenforschung an der AdW der DDR und im Hochschulwesen bei der Arbeitsberatung vom 18./19.5.1989, in: ABBAW NSch. A 938.

<sup>29</sup> Aufstellung des Investmittelbedarfs 1991-1995 der Institute des FOB GK, in: ABBAW NSch. A 854/1.

<sup>30</sup> So notierte ein anonymes Kommentar zur Bemerkung „weiterer Ausbau der Rechentechnik und Datenkommunikation“: „sollte seperater Punkt mit Hervorhebung werden, da hiervon sehr entscheidend Qualität und Möglichkeiten abhängen (Bsp. Internat. Datenaustausch)“. Zit. Ergebnisse, Probleme und weitere Entwicklung des Zentralinstituts für Physik der Erde (ZIPE). Entwurf für Diskussionspapier vom 19.9.1989, S.14.

<sup>31</sup> Ebd. S.16. Schon ein Jahr zuvor war in einem internen Papier festgestellt worden: „Ein großer Teil der Forschungstechnik für die AdW-Institute wird durch Eigenversorgung im Rahmen des WGB (Wissenschaftlichen Gerätebaus, Anm.de.V.) geschaffen, so dass ein beachtliches Forschungspotential gebunden wird, um ein hohes Niveau im WGB aufrechtzuerhalten.“ Entwurf zur Konzeption WGB – FOB/GK, in: ABBAW NSch. A 854/1.

Informationsaustausch (Literatur, Messdaten, o.ä.) abwickeln werden“, mehr als ernüchternd.<sup>32</sup>

Ansonsten verortete man sich als „richtungsbestimmende Einrichtung für die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der geologischen Wissenschaften“ und mit ca. 370 Mitarbeitern war man das mit Abstand größte Einzelinstitut im „Wissenschaftsgebiet Geo- und Kosmoswissenschaften“.<sup>33</sup> Neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an Auftragsforschung betonte man die „verhältnismäßig starke personell-materielle Einbindung in Aufgabenkomplexe zur Wahrnehmung staatlicher Hoheitsaufgaben und Interessen“. Und nicht nur was solche Dienstaufgaben – im Wesentlichen handelte es sich um einen seismischen Informationsdienst, so genannte Level-II-Beobachtungen, den Erdrotationsdienst sowie gravimetrische Forschungen –, sondern auch was die Grundlagenforschung anging, machte das Papier in deutlicher Form klar, wie sehr das Institut in seiner geologischen, geophysikalischen und geodätischen Arbeit auf die Erforschung des „Territoriums der DDR“ beschränkt war. Dieser auch von Autarkiebestrebungen geleitete „nationale Fokus“ hatte zur Folge, dass man in der DDR – durch die Arbeit des ZIPE und der staatlichen geologischen Dienste – über das „wohl dichteste Netz von Tiefbohrungen und tiefen seismischen Profilen“ verfügte.<sup>34</sup> Aber auch der intern stetig wachsende Bereich des Gerätebaus bezog sich fast ausschließlich auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Telegrafenberginstitute, im Vordergrund standen Einzelanfertigungen, nur in wenigen Fällen wurden Kleinserien, für die man auf die Zusammenarbeit mit entsprechenden Akademieinstituten oder Betrieben angewiesen gewesen wäre, überhaupt noch angestrebt.<sup>35</sup>

Was die im Sinne der Staats- und Parteiführung politische ‚Stabilität‘ der Telegrafenberginstitute anging, so ließen sich im Verlauf des Jahres 1989 Elemente jenes schleichenden Erosionsprozesses beobachten, der für das politische und staatliche System der letzten DDR-Monate so kennzeichnend werden sollte. Hatten sich politische Proteste lange vor allem auf die Großstädte der DDR konzentriert, entstanden solche Keimzellen jetzt auch in den einzelnen Institutionen und

<sup>32</sup> Entwurf zu einer Vorlage zur Beratung im Kollegium der Akademie der Wissenschaft der DDR am 6.Dezember 1989 S.1/2, in: BLA Rep. 465 ZIPE Bereich I 1098.

<sup>33</sup> Ebd.; „Wissenschaftsgebiete“ hießen seit 1989 die ehemaligen „Forschungsbereiche“.

<sup>34</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Geo- und Kosmoswissenschaften, Köln 1992 S.11.

<sup>35</sup> „Ziel ist die Erreichung des internationalen Spitzenniveaus in unikalen Geräten und damit eine weitgehende Importunabhängigkeit, eine hohe Patent- und Lizenzergiebigkeit und die Einheit von Hardware- und Software-Lösungen.“ Entwurf zu einer Vorlage zur Beratung im Kollegium der Akademie der Wissenschaft der DDR am 6.Dezember 1989, in: BLA Rep. 465 ZIPE Bereich I 1098.

Lebensbereichen. Entsprechende Tendenzen zeigten sich auch innerhalb der Potsdamer Akademieinstitute und die verantwortlichen Parteiorganisationen vor Ort – an erster Stelle die jeweiligen „Grundorganisationen“ der SED in den Instituten – standen dieser neuen Situation z.T. völlig hilflos gegenüber.

Das erste Ereignis, das im Umbruchjahr 1989 zu politischen und offen systemkritischen Diskussionen unter den Mitarbeitern führte, war die Kommunalwahl im Mai 1989, über die sich hartnäckig Vorwürfe der Wahlfälschung verbreiteten und das Ereignis zum Symbol der politischen Unbeweglichkeit einer DDR-Staatsführung machte, die offensichtlich nicht an den politischen Veränderungsprozessen in der UdSSR unter Michail Gorbatschow teilnehmen wollte.<sup>36</sup> In den SED-Gremien der Institute wurde ein „Mangel an Einheit und Geschlossenheit“ und „politisch-ideologische Einbrüche“ registriert, was im Frühsommer des Jahres 1989 zu harscher Kritik an einzelnen, als verantwortlich ausgemachten ‚Genossen‘ sowie Parteiausschlussverfahren führte. Die Bezirksleitung der SED richtete eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Heinz Kautzleben ein, die feststellen musste, dass „(i)m Zusammenhang mit der komplizierten internationalen Situation, vor allem auch der widersprüchlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern und der inneren Situation der DDR ... die parteiliche Front ungenügend formiert“ sei und „(a)ntisozialistische Kräfte ... in der AdW festen Fuß gefaßt“ hätten, wobei sie sich „das labile politische Umfeld“ und „das Vakuum in der politischen Führungstätigkeit“ zunutze gemacht hätten.<sup>37</sup> Mitte Juni 1989 verfasste die mehrfach gemaßregelte SED-Grundorganisation des ZIPE in Zusammenarbeit mit der Institutsleitung und der Gewerkschaftsgruppe ein Schreiben an die SED-Bezirksleitung, in dem man sich für Versäumnisse rechtfertigte und zusicherte, zukünftigen „Angriffen entschieden zu wehren“, die „bevorstehenden politischen Höhepunkte .... durch massenpolitische Arbeit gründlich vor(zu)bereiten und das Institutskollektiv zu neuen wissenschaftlichen Höchstleistungen und Initiativen“ zu führen.<sup>38</sup> Ab Juli 1989 wurde von einer „Stabilisierung und Konsolidierung der polit.-ideolog. Situation im ZIPE“ gesprochen, doch brach diese

---

<sup>36</sup> Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1999 S.306ff.

<sup>37</sup> Protokoll der Arbeitsgruppe der SED-Bezirksleitung zur Unterstützung und Stabilisierung der Parteiarbeit, der politischen Führungstätigkeit der staatlichen Leiter und der Gewerkschaftsarbeit im ZIPE, der FHD und im ZIAP vom 18.5.1989 S.2 und S.3, in: BLA Rep. 530 Nr.7734.

<sup>38</sup> Schreiben an SED-Bezirksleitung vom 21.6.1989, in: BLA Rep. 530 Nr. 7621; der politische Höhepunkt des DDR-Jahres 1989 sollte die Feier zum vierzigjährigen Bestehen des ostdeutschen Staates Anfang Oktober 1989 sein, zu der auch der Generalsekretär der KPDSU Michail Gorbatschow seinen Besuch angekündigt hatte.

„Ruhe“ im weiteren Verlauf des Jahres umso vehementer wieder auf. Im September hatte das „Neue Forum“ seinen Gründungsaufruf veröffentlicht, der ein Bild einer von Kommunikationsbarrieren und Überreglementierung geprägten Gesellschaft zeichnete und die Gründung einer Reihe von Sammlungsbewegungen nach sich zog. In der ersten Oktoberhälfte war die Zahl politischer Demonstrationen landesweit gestiegen und am 18. Oktober schließlich kam es zur Ablösung Erich Honeckers als SED-Generalsekretär. Die dichte Folge und Dynamik der Ereignisse führte auch innerhalb der Institute zur offenen Formulierung politischer Forderungen: Neben der immer wieder thematisierten Kommunalwahl vom Frühsommer war man auf Seiten der Parteiorgane jetzt mit Austritten, der Forderung nach politischer Anerkennung des „Neuen Forums“ oder der Einführung des Leistungsprinzips konfrontiert.<sup>39</sup> Die Verantwortlichen in den lokalen SED-Gremien zeigten sich mit der Situation zusehends überfordert und wünschten sich zur Einhegung der Diskussionen „Unterstützung von oben“.<sup>40</sup>

Auf Seiten der Parteigremien machte man einen wesentlichen Herd politischer Unruhe in der FHD aus, wo die politische Unzufriedenheit mit einer massiven Kritik an der Institutsleitung – namentlich am Direktor Heinz Stiller – zusammentraf, in dessen Person und Amtsführung man Willkür, Ineffizienz und Unbeweglichkeit der späten DDR-Jahre personifiziert sah. Der Sekretär der SED-Kreisleitung befürchtete ausgehend von der Forschungsstelle eine „ernsthafte Gefahr der Ausweitung politischer Instabilität mit Auswirkungen auf den gesamten Telegrafenberg-Bereich der AdW“.<sup>41</sup> So war es kein Zufall, dass es an der Spitze der FHD zum ersten Führungswechsel im Herbst 1989 kam: Stiller folgte im Oktober sein Stellvertreter und wissenschaftliches „Rückgrat“ Rainer Söllner nach, der auch der letzte Leiter der FHD bleiben sollte.<sup>42</sup>

Ende Oktober 1989 veröffentlichte auch das Präsidium der Akademie eine Stellungnahme zu den politischen Ereignissen, räumte darin Fehler ein, erklärte sich zu einer „Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande“ bereit und diente dazu der SED und der Regierung der DDR ihre Expertise an.<sup>43</sup> Die stürmischen Ereignisse des darauf folgenden November 1989 – Großdemonstrationen in Berlin und anderen

<sup>39</sup> Vgl. auch Diskussionspapier, eingereicht an die Parteileitung der SED des Zentralinstituts für Physik der Erde und der Bitte um Weitergabe an das Politbüro der SED vom 16. Oktober 1989, in: Gerhard Tischendorf: Zwischen Überzeugung und Aufbegehren. Biographischer Bericht eines Freiburger Mineralogen, Schkeuditz 1999 S.478/479.

<sup>40</sup> Bericht der GO ZIPE im Monat Oktober 1989, in: BLA Rep. 530 Nr. 7621.

<sup>41</sup> Jahn an Horst Klemm vom 19.10.1989, in: ebd.

<sup>42</sup> Notiz über Gespräch Engelhardt/Stiller am 10.12.1987; Aktennotiz über eine Beratung Engelhardt/Söllner/Recht/Lorenz vom FfHD vom 18.10.1989, beide in: BLA Rep. 530 Nr. 7735.

Städten, Grenzöffnung, Regierungswechsel, Zehn-Punkte-Programm etc. – ließen solche Pläne allerdings schon bald zur Makulatur werden.

### III. Zwischen Umbruch und ersten Plänen zur Neuordnung 1989/1990

In den Instituten kam es Ende 1989 zu den ersten Umbaumaßnahmen. Im Dezember wurde ein neues Gremium innerhalb des ZIPE (und wenig später auch innerhalb der FHD) eingerichtet, das neue Formen der Partizipation und Mitsprache eröffnen sollte: Ein „Wissenschaftlicher Rat“ wurde geschaffen, der von den „Wissenschaftlern und Forschungsingenieuren des ZIPE“ gewählt werden und den Direktor in Fragen der wissenschaftlichen Arbeit beraten sollte.<sup>44</sup> Dieser trat Anfang Januar 1990 zum ersten Mal zusammen, Mitglieder der Institutsleitung sollten darin explizit nicht vertreten sein. Der Rat wurde in den folgenden Monaten immer wieder über die Arbeit der Institutsleitung unterrichtet und traf nach bereichsinternen Vertrauensabstimmungen auch vereinzelt Personalentscheidungen.<sup>45</sup> Bis zum Frühjahr des Jahres 1991 tagte man regelmäßig, danach – die Entscheidung über die Zukunft des ZIPE war zu diesem Zeitpunkt weitgehend gefallen – traf man nur noch sporadisch zusammen. Als maßgeblicher Akteur konnte sich dieses Forum des ZIPE-Mittelbaus zu keinem Zeitpunkt etablieren, lediglich im Vorfeld der Evaluierung durch westdeutsche Gremien fungierte der Rat vorübergehend als eine wichtige Diskussionsplattform und bei der ZIPE-Abwicklung bzw. dem Neuaufbau einer Nachfolgeeinrichtung in der zweiten Hälfte des Jahres wurde eher Ratsmitglieder als die Institutsleitung hinzugezogen.<sup>46</sup>

Die Frage institutsinterner Reformen wurde allerdings schon bald durch andere Handlungsfelder in den Hintergrund gedrängt. Formal bestanden die Institute auf dem Telegrafenberg ja als Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR fort und versuchten als solche, in einem sich mehrfach verändernden Umfeld ihre Existenz zu bewahren bzw. ihre Arbeit fortzuführen. Das gelang dem forschungsorientierten ZIPE besser als der FHD, waren doch Wege zu westdeutschen

<sup>43</sup> Erklärung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Jahrbuch 1990/1991 (1994) S.182-185.

<sup>44</sup> Vgl. den Diskussionsentwurf über Arbeitsgrundsätze vom 18.12.1989, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neufassung 310.

<sup>45</sup> So wurde bis Ende März 1990 zwei Bereichsleitern das Vertrauen entzogen; Vgl. Schreiben Knoll an Hurlig vom 12.3.1990; Protokoll der a.o. Sitzung des WR/ZIPE zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen aus Vertrauensabstimmungen über die berufenen Bereichsleiter vom 16.3.1990, beides in: ebd.

<sup>46</sup> Vgl. die Protokolle und Arbeitsunterlagen des Gremiums zwischen Dezember 1989 und Ende 1991, in: ebd.

Fördermitteln, insbesondere des Bundesministerium für Forschung und Technik (BMFT) und der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ (DFG) eröffnet worden. Damit entstanden auf Institutsebene neue deutsch-deutsche Bindungen und Zahlungsströme, bei denen die Trägerorganisation „Akademie“ und auch die staatlichen Institutionen der DDR weitgehend außen vor blieben. Die von Seiten der neuen Akademieleitung im Umbruchjahr 1990 zunächst verfolgte Strategie der Bewahrung der „Akademie als Einheit von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft“ musste angesichts der Dynamik der Ereignisse im Laufe des Jahres 1990, insbesondere seit dem Antritt der Regierung de Maizière mehr und mehr aufgegeben werden. Der Akademieführung sollte es nicht gelingen, bei der „Einordnung der AdW in eine gemeinsame Forschungslandschaft von BRD und DDR“ noch nennenswerten Einfluss geltend zu machen.<sup>47</sup> Vielmehr fielen sowohl die Akademie als auch die DDR-Ministerien als Steuerungsinstanzen und Akteure im Umbauprozess mehr und mehr aus, was den Institutsleitungen neue Handlungsspielräume verlieh. Diese leiteten weitgehend autonom die Arbeit vor Ort und begannen ihrerseits den institutionellen Kontext „Akademie“ preiszugeben.<sup>48</sup> Als im Frühsommer 1990 evident wurde, dass sich die deutsche Einigung in Form eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik vollziehen und damit das westdeutsche Wissenschaftssystem zur maßgeblichen Orientierungsgröße der folgenden Entwicklung werden würde, heizte dies die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der Akademie weiter an.<sup>49</sup>

<sup>47</sup> Der im Jahr 1990 scheidende Präsident Werner Scheler schrieb dazu später: „Es begann die Metamorphose der Akademie vom eigenen Subjekt deutsch-deutscher Wissenschaftsbeziehungen zum Objekt der Verhandlungen und des Befindens über ihren künftigen Platz in der Wissenschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland.“ Werner Scheler: Die Akademie der Wissenschaften der DDR zwischen Oktober 1989 und Juli 1990. Ein Resumé, in: Jahrbuch 1990/1991 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW), Berlin 1994 S.539-548, S.541.

<sup>48</sup> Vgl. Renate Mayntz: Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, Frankfurt/M./New York 1994; Hans-Georg Wolf: Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozess. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR, Frankfurt/M./New York 1996; Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998; Peer Pasternack: Hochschultransformation, Hochschultransformationsforschung, Hochschulforschung, in: Hochschule Ost 9 (2000) S.52-83; Hans-Hermann Hartwich: Die „Erneuerung“ des ostdeutschen Wissenschaftssystems im Prozess der Wiedervereinigung: Eine kritische Bilanz, in: Wolfgang Thierse (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Einheit: Eine Bilanz, Opladen 2000 S.149-159.

<sup>49</sup> Dies wurde in koordinierter und programmatischer Form manifest im Fall eines Papiers, das eine „Initiativgemeinschaft Forschungsgemeinschaft der AdW“ Anfang April 1990 vorlegte. Hier wurde von Seiten eines Zusammenschlusses insbesondere in Berlin-Adlershof angesiedelter Institute eine Aufteilung der Akademie in eine „Leibnizgesellschaft“, eine „Helmholtzgesellschaft“ sowie weitere Teilbereiche entworfen. Vgl. Vorschlag für eine Einordnung der AdW in eine gemeinsame Forschungslandschaft von BRD und DDR (Auszug, April 1990), in: Jahrbuch 1990/1991 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die

Auch vom Telegrafenberg aus waren seit Beginn des Jahres 1990 zahlreiche institutionelle und individuelle Kontakte „Richtung Westen“ geknüpft worden. So hatte im Februar des Jahres 1990 der Präsident der „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ (BGR) die DDR und ihre geowissenschaftlichen Forschungseinrichtungen besucht<sup>50</sup>, der Leiter des Bremer „Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung“ (AWI) führte in Potsdam Gespräche zur Frage der Polarforschung, und auch eine Reihe Westberliner Geowissenschaftler bauten Kontakte zu den jetzt benachbarten Telegrafenberginstituten auf. Von Seiten des ZIPE nahm man an westdeutschen Tagungen – z.B. Ende Februar/Anfang März an einem Symposium des westdeutschen Tiefbohrungsprojektes „Kontinentale Tiefbohrung“ (KTB) in Gießen – teil und Mitarbeiter besuchten im Rahmen individueller Reisen westdeutsche Forschungseinrichtungen.<sup>51</sup> Das ZIPE begann sich an deutsch-deutschen Projekten der Übergangszeit zu beteiligen und setzte in diesem Zusammenhang dazu an, in verstärktem Maße Umweltthemen in die Forschungsagenda aufzunehmen.<sup>52</sup> Allein von der Abteilung Erderkundung wurden zum 30.5.1990 eine ganze Fülle von „bestehende(n) und/oder geplante(n) wissenschaftliche(n) Kontakte(n)“ zu Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik genannt, darunter zum „Deutsche Geodätische Forschungsinstitut“ (München), zum GKSS-Forschungszentrum in Geeshacht, zu den Max-Planck-Instituten für Meteorologie und Aeronomie, zum AWI sowie zu gut zwei Dutzend Universitätsinstituten.<sup>53</sup> Man bemühte sich um Projektfinanzierungen beim BMFT, bei der DFG und der „Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten“ (DARA).<sup>54</sup> Im August 1990 gab man an, mit insgesamt zehn außeruniversitären Einrichtung der Bundesrepublik z.T. schon in die Zeit vor 1989 zurückdatierende Kontakte zu

---

Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW), Berlin 1994 S.265-267; die Vorschläge fanden sogar zeitweise Gehör im Bundesforschungsministerium. Andreas Stucke: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/1992 S.3-14, S.9.

<sup>50</sup> Bericht über einen Dienstreise in DDR vom 26. bis 28. Februar 1990 von M. Kürsten, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente.

<sup>51</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des ZIPE vom 5.3.1990, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerfassung 310.

<sup>52</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des ZIPE vom 23.4.1990, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerfassung 310; Korrespondenzen in BLA Rep. 465 ZIPE Bereich I 1097.

<sup>53</sup> Übersicht über bestehende und/oder geplante wissenschaftliche Kontakte zwischen Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auf dem Gebiet der Erderkundung vom 30.5.1990, in: BLA Rep. 465 Bereich II 1131.

<sup>54</sup> Papier „Zentralinstitut für Physik der Erde (1990)“ in: Archiv des WR SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

unterhalten<sup>55</sup>, außerdem bis Juli 1990 die Mitarbeit an insgesamt 33 DFG-finanzierten Projekten, jeweils in Kooperation mit westdeutschen Universitäten, angebahnt zu haben.<sup>56</sup>

Jenseits dieser zahlreichen Versuche, sich auf Projektbasis in der neuen, zusehends deutsch-deutschen Forschungslandschaft zu vernetzen, versuchte die ZIPE-Leitung in der ersten Jahreshälfte 1990 auch wissenschaftspolitischen Einfluss zu nehmen. Im April 1990 berichtete Direktor Hürtig seinen Kollegen erstmals von „Plänen und Aktivitäten der Institutsleitung“, das ZIPE in eine so genannte Großforschungseinrichtung, also eine weitgehend bundesfinanzierte Einrichtung von einer für diesen Institutionentyp angemessenen Größe, umzuwandeln.<sup>57</sup> Als das BMFT in diesem Zusammenhang einen Gutachter bestellte, der an das ZIPE mit einem Fragenkatalog herantrat, wurde von der Institutsleitung versucht, die Initiative zu übernehmen.<sup>58</sup> In Gesprächen mit westdeutschen Wissenschaftlern (z.B. mit Gottfried Hempel/AWI) versuchte man, die Chancen solcher Pläne zu eruieren.<sup>59</sup> Das Gewicht vor Augen, das in dieser Umbruchphase der westdeutschen Bundesebene zufallen musste – ein Land Brandenburg als Träger einer föderalen Wissenschaftspolitik existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht –, legte die ZIPE-Leitung schließlich Ende Juni 1990 in Bonn eine Konzeption für eine solche Forschungseinrichtung vor<sup>60</sup>: In Potsdam sollte ein „Helmert-Stille-Institut“ als Großforschungseinrichtung des Bundes gegründet werden.<sup>61</sup> Der Entwurf – laut späterer Darstellung der Institutsleitung waren die Grundzüge eines entsprechenden

<sup>55</sup> ZIPE: Informationen für den Wissenschaftsrat der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (Potsdam, August 1990) S.46, in: Archiv des WR/SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>56</sup> Vgl. ebd. Anlage 6: Beteiligung an Projekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft; vgl. auch die Angaben in Antworten des Zentralinstituts für Physik der Erde auf den Fragenspiegel von Dr. von der Linden, bestellter Gutachter des Bundesministeriums für Forschung und Technik (Juni 1990), in: Archiv des WR/SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>57</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des ZIPE vom 23.4.1990, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerfassung 310.

<sup>58</sup> Antworten des Zentralinstituts für Physik der Erde auf den Fragenspiegel von Dr. von der Linden, bestellter Gutachter des Bundesministeriums für Forschung und Technik (Juni 1990), in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>59</sup> Hempel an Ministerialdirigenten Mennicken vom 28.5.1990, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente 1.

<sup>60</sup> Vgl. Vorstellungen zur Bildung einer Geowissenschaftlichen Großforschungseinrichtung Potsdam-Telegrafenberg aus den bisherigen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften (Mai 1990); Kurzkonzeption „Großforschungseinrichtung „Helmert-Stille-Institut“ (HSI) vom 30.6.1990, beide in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente.

<sup>61</sup> Als Namenspaten fungierten der Geodät und zweite Direktor des „Geodätischen Instituts“ Friedrich Robert Helmert (1843-1917) und der Geologe und erste Direktor des „Geotektonischen Instituts“ Hans Stille (1876-1966). Mit dieser Kombination sollte deutlich gemacht werden, dass das neue Institut einen disziplinären Bogen von der Geodäsie über die Geophysik hin zur Geotektonik und Geologie schlagen würde.

Konzeptes bereits im Januar 1990 entwickelt worden<sup>62</sup> – setzte ganz auf eine Integration in den Rahmen eines westdeutsch geprägten Wissenschaftssystems, in dem eine „Akademie der Wissenschaften“ als Trägereinrichtung von Forschungsinstituten nicht mehr existent war. Damit hatte man aber nicht nur eine Akademielösung verworfen, sondern sich bereits gegen denkbare ‚westdeutsche‘ Alternativen z.B. im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft oder der so genannten „Blauen Liste“ entschieden.

Das Konzept der ZIPE-Leitung schlug vor, „eine Großforschungseinrichtung für eine Untersuchung geowissenschaftlicher Prozesse“ mit den Schwerpunkten „Planetare Felder und globale Prozesse“, „Lithosphärenprozesse“, „Geo-Umweltprozesse“ und „Geo-Materialforschung“ zu gründen, die mit ihrer Infrastruktur auch in der Lage sein sollte, „größere geowissenschaftliche Forschungsprojekte organisatorisch zu betreuen“.<sup>63</sup> Die neue Einrichtung sollte ca. zwei Drittel der 680 Mitarbeiter aufnehmen, die zu diesem Zeitpunkt in den verschiedenen Einzeleinrichtungen bzw. -abteilungen geowissenschaftlicher Akademieinstitute tätig waren – konkret im ZIPE, dem „Heinrich-Hertz-Institut für Atmosphärenforschung“, der FHD und den auf dem Telegrafenberg angesiedelten Dienstleistungseinrichtungen. Die Kernaufgabe des Instituts wäre, sich in gesamtdeutscher, gleichzeitig stark internationaler und interdisziplinärer Ausrichtung dem Hauptthema „Geowissenschaftliche Prozeßforschung“ zu widmen.

Für diesen ambitionierten Plan hatte man sich Rückhalt unter den ostdeutschen Geowissenschaftlern verschafft und konnte eine entsprechende Empfehlung aller geowissenschaftlichen Institute der DDR vorlegen.<sup>64</sup> In diesem maßgeblich vom ZIPE initiierten Memorandum<sup>65</sup>, das ursprünglich an die politisch Verantwortlichen der DDR gerichtet war, beklagte man die im Vergleich zu Westdeutschland defizitäre Entwicklung: Die Konzentration von Ressourcen in großen Einrichtungen wie dem ZIPE hätte über die Jahre verdeckt, dass sich in der vielfältigen Hochschul-

<sup>62</sup> Vgl. die Darstellung des ZIPE des Jahres 1990 in: Archiv des WR S.O. I 3.2.3. Dort hieß es: „Bereits im Januar wurde das Konzept zur künftigen Entwicklung der Geowissenschaften auf dem Telegrafenberg Potsdam entwickelt. Ziel ist die Neugründung eines bund-länderfinanzierten Forschungsinstituts für Geowissenschaften im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, in die Potentiale der bisherigen AdW-Einrichtungen Zentralinstitut für Physik der Erde, Forschungsstelle für Hochdruckforschung, Heinrich-Hertz-Institut (Bereich Geomagnetismus) und Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtung eingehen.“

<sup>63</sup> Kurzkonzeption „Großforschungseinrichtung „Helmert-Stille-Institut“ S.6 und S.7/8.

<sup>64</sup> Memorandum der geowissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften zu Stand und Entwicklung der Geowissenschaften auf dem Territorium der DDR (Juni 1990), in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente.

<sup>65</sup> Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates von ZIPE vom 11.6.1990, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerausfassung 310.

und Forschungslandschaft der Bundesrepublik die Kräfte ungleich stärker entwickelt hätten. Entsprechend schlug man auf der einen Seite den Auf- und Ausbau von Hochschulkapazitäten vor und unterstützte andererseits „zur Absicherung einer notwendigen komplex und interdisziplinär angelegten geowissenschaftlichen Grundlagenforschung, die auch auf extraterrestrische, globale und überregionale Probleme orientiert sein muß“, die Gründung einer Bund-Länder-finanzierten Großeinrichtung.<sup>66</sup> Das ZIPE-Konzept wie auch das Memorandum der DDR-Geowissenschaftler, die beide auch strukturelle Problemlagen der bundesdeutschen Geowissenschaften berücksichtigten, bewegten sich in vielen Punkten auf der Linie des später auch vom Wissenschaftsrat empfohlenen Neuordnungsplans. Das legt die Vermutung nahe, dass die ‚passgenaue‘ Konzeption der ZIPE-Verantwortlichen auch darauf zurückging, dass man durch Kontakte zu westdeutschen Kollegen über dort angestellte Überlegungen gut unterrichtet war.<sup>67</sup> Dafür spricht auch, dass es gelungen war, für diesen Plan die Unterstützung Westberliner Forschungseinrichtungen zu gewinnen – hier dürften insbesondere die guten Kontakte zu dem Geophysiker der Freien Universität Berliner Peter Giese eine Rolle gespielt haben –, die eine solche Gründung in einem Positionspapier ebenfalls nachdrücklich befürworteten. Dort hieß es, dass eine solche Großforschungseinrichtung Teil eines erneuerten Gesamtberliner Verflechtungsraums zwischen Technischer Universität, Freier Universität, dem „Hahn-Meitner-Institut“ und den ehemaligen Akademieinstituten in Potsdam, und als solche zum zentralen Teil eines „Verbundes für Forschung und Ausbildung“ werden sollte. Dafür bestünden im Berliner Großraum „für den deutschen Sprachraum ... einzigartige Chancen“, zudem sei „die Vereinigung der verschiedenen Arbeitsrichtungen im Bereich der Akademie der Wissenschaften ... als zukunftsweisend anzusehen“ und entspreche der „Entwicklung der Geowissenschaften auf internationaler Ebene“.<sup>68</sup> Weiterhin gelang es der ZIPE-Leitung, bei der sich allmählich formierenden Landespolitik Rückhalt zu gewinnen, machte sich doch der „Koordinierungsausschuß zur Bildung des Landes Brandenburg“ den Plan einer Potsdamer Großforschungseinrichtung zueigen und nannte ihn – neben der Gründung einer „Brandenburgischen Landesuniversität“ und

<sup>66</sup> Alle Zitate aus „Memorandum“ (1990); Nebenbei enthielt das Papier auch noch den Vorschlag, aus den Akademiekapazitäten im Bereich der Meeresforschung – im Wesentlichen das Institut für Meeresforschung in Rostock-Warnemünde ein „multidisziplinäres Ostsee-Forschungsinstitut“ zu gründen. Zum Institut für Meeresforschung vgl. Hans-Jürgen Brosin: Zur Geschichte der Meeresforschung in der DDR, Institut für Ostseeforschung Warnemünde 1996.

<sup>67</sup> Bestätigt durch die mündliche Auskunft von Dr. Jörn Lauterjung vom 27.9.2004.

<sup>68</sup> Zit. n. „Zusammenarbeit der geowissenschaftlichen Institutionen in Berlin (West) mit den geowissenschaftlichen Instituten der Akademie im Raum Potsdam“ vom 27.Juni 1990, in: ebd.

einer „Brandenburgischen Technischen Hochschule“ – ein zentrales wissenschaftspolitisches Zukunftsprojekt.<sup>69</sup> Damit lag Mitte des Jahres 1990 ein von der ZIPE-Leitung erarbeitetes Konzept vor, für das es auf regionaler Ebene sowohl wissenschaftlichen als auch politischen Rückhalt gab.

### ***Exkurs: Die Entwicklung in der BRD***

An dieser Stelle ist es notwendig, die Vorgeschichte der Ereignisse 1989/1990 auch auf westdeutscher Seite in den Blick zu nehmen. Geowissenschaftler aus der „alten Bundesrepublik“ sollten auf Verlauf und Ergebnis der Neuordnung in Potsdam maßgeblichen Einfluss nehmen, ihr Wissen und Handeln aber war geprägt von einer westdeutschen Entwicklung in den Geowissenschaften, die seit den 1950er Jahren einen deutlich anderen Verlauf genommen hatte als im benachbarten Teilstaat. Dazu kam, dass sich diese bundesdeutsche Entwicklung zum Zeitpunkt des Mauerfalls 1989 in einer Phase struktureller Veränderungen befand, was im Verlauf des Umbruchprozesses eine nicht unerhebliche Rolle spielen sollte.

Die beiden deutschen Wissenschaftssysteme hatten sich seit den 1950er Jahren kontinuierlich auseinanderentwickelt, ein Prozess, der sich zum Ende der 1960er Jahre noch einmal verschärfte. Etwa zeitgleich mit der Akademiereform in der DDR hatte eine Gruppe bundesdeutscher Geowissenschaftler eine „Denkschrift zur Lage der Physik des Erdkörpers“ vorgelegt, die eine Bestandsaufnahme der Nachkriegsentwicklung vornahm.<sup>70</sup> Die bis Ende der 1960er Jahre entstandenen Strukturen waren deutlich von der stark föderalen Wissenschaftsentwicklung der Bundesrepublik geprägt. Allein im Bereich der geologisch-geophysikalischen Ressortforschung war zur Substitution des in Ost-Berlin gelegenen „Reichsamts für Bodenforschung“ eine große Bundeseinrichtung, die „Bundesanstalt für Bodenforschung“ (seit 1975: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) geschaffen worden, ansonsten prägten kleinere Landeseinrichtungen – Universitätsinstitute, Observatorien, Geologische Ämter – das Bild.<sup>71</sup> Die Geodäsie

<sup>69</sup> Entwurf Vorstellungen zur Entwicklung des Landes Brandenburg vom Koordinierungsausschuß zur Bildung des Landes Brandenburg, Arbeitsstand: Juni 1990, in: ebd.

<sup>70</sup> Otto Rosenbach u.a.: Denkschrift zur Lage der Physik des Erdkörpers, Wiesbaden 1967; zuvor waren schon entsprechende Schriften zur Lage der Meteorologie und der Meeresforschung erschienen vgl. Günther Böhnecke: Denkschrift zur Lage der Meeresforschung, Wiesbaden 1962; Hermann Flohn/Ratje Mügge: Denkschrift zur Lage der Meteorologie, Wiesbaden 1962.

<sup>71</sup> 1967 bestanden Institute in Berlin, Braunschweig, Clausthal, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster und Stuttgart.

wiederum hatte eine von der Physik des Erdkörpers und den anderen „Geodisziplinen“ weitgehend unabhängige Entwicklung genommen.<sup>72</sup>

Jenseits davon hatte die Beteiligung an dem wissenschaftlichen Großprojekt „Internationales Geophysikalisches Jahr“ (1957/1958) in der Bundesrepublik einen Entwicklungsschub ausgelöst. Erstmals hatte sich die DFG angesichts einer Mitte der fünfziger Jahre konstatierten „Notlage“ in größerem Umfang als Geldgeber für fach- und institutionenübergreifende Programme betätigt und behielt diese Praxis auch über die 1950er Jahre hinaus bei.<sup>73</sup> Für die terrestrisch orientierten Geowissenschaften brachte insbesondere das Programm „Unternehmen Erdmantel“ erstmalig Mineralogen, Geologen, Geophysiker und Geodäten zur Bearbeitung einer gemeinsamen Fragestellung über einen längeren Zeitraum hin zusammen.<sup>74</sup> Insgesamt verbesserte sich auf diesem Weg nicht nur die apparative und personelle Ausstattung der Forschungseinrichtungen, sondern es verfestigten sich auch kommunikative Strukturen und kooperative Routinen. Anfang der 1960er Jahre schuf man außerdem eine überregionale Fachorganisation, das so genannte „Forschungskollegium Physik des Erdkörpers e.V.“ (FKPE), in dem sich führende Wissenschaftler der akademischen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu regelmäßiger und forschungsstrategischer Beratung zusammenschlossen.<sup>75</sup> Das FKPE entwickelte sich mehr und mehr „zum wissenschaftlichen Kopf der Geophysik“<sup>76</sup> und schloss in den westdeutschen Geowissenschaften wenigstens

<sup>72</sup> Vgl. Jörg Albertz u.a. (Hrsg.): Am Puls von Raum und Zeit. 50 Jahre Deutsche Geodätische Kommission, München 2002.

<sup>73</sup> Zur Förderung des „Internationalen Geophysikalischen Jahres“ vgl. die Berichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit in den Jahren 1952 bis 1960, Wiesbaden 1953 bis 1961. Zu nennen sind hier z.B. die Programme „Geophysikalische Erforschung des tieferen Untergrundes Mitteleuropas“ 1957-1964, „Erdmagnetische Tiefensondierung“ 1962-1964, „Unternehmen Erdmantel“ ab 1964. Vgl. Denkschrift (1967).

<sup>74</sup> Unternehmen Erdmantel. Forschungsbericht 1963-1967, Bad Godesberg 1967 S.1; vgl. auch den Folgebericht Das Unternehmen Erdmantel. Zwischenbilanz einer interdisziplinären Zusammenarbeit, Wiesbaden 1972.

<sup>75</sup> Hintergrund der Gründung war die Übernahme einer von der US-amerikanischen ARPA (Advanced Research Project Agency) seit 1963 im Fränkischen Jura betriebenen, hochmodernen seismologischen Einrichtung, mit deren Hilfe sowjetische Atombombenversuche überwacht und lokalisiert werden sollten. Es handelte sich um die Erdbebenwarte Gräfenberg in der Nähe Erlangens; vgl. Dieter Seidl/Helmut Aichele: Die Geschichte des Seismologischen Zentralobservatoriums Gräfenberg (SZGRF), in: Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Hrsg. v. H. Neundörfer u.a., Hamburg 1997 S.101-106.

<sup>76</sup> In der Satzung des „Forschungskollegium“ wurden als Aufgaben genannt: die „Pflege der Wissenschaften von der Physik des Erdkörpers“, die „Durchführung von Forschungsvorhaben in Gemeinschaftsaufgaben“ und die „Fortbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte“. Seidl/Aichele (1997) S.101/102; Zitat Hans-Jürgen Behr: Die Geophysik im Kontinentalen Tiefbohrprogramm der Bundesrepublik Deutschland (KTb) aus der Sicht eines Geologen, in: Geschichte Geophysik (1997) S.143-148, S.143/144.

teilweise die Lücke einer fehlenden ‚nationalen‘ Institution.<sup>77</sup> Dennoch registrierte man zum Ende der sechziger Jahre, dass in den führenden Kalten-Kriegs-Mächten USA und UdSSR Institute von beachtlicher Größenordnung herangewachsen waren, so das „Lamont Geological Observatory“ der Columbia University, insbesondere aber das „Institut der Physik der Erde“ der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Die Vorteile und möglichen Arbeitsfelder eines „umfassenden“ und „zentralen Instituts“ im universitären oder aber außeruniversitären Bereich wurden von den westdeutschen Geowissenschaftlern durchaus gesehen, doch betrachtete man den kollegialen Kommunikationszusammenhang des FKPE zu diesem Zeitpunkt als hinreichend, um auch die Durchführung größer angelegter Forschungsprogramme sicher zu stellen. Vom Senat der DFG wurde infolge der Denkschrift 1968 eine „Senatskommission für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung“ geschaffen, die die ‚geobezogenen‘ Aktivitäten der DFG in den folgenden Jahren anleiten und begleiten sollte, wobei immer wieder die Förderung fachübergreifender Kooperation zwischen „Bodenkunde, Geochemie, Geodäsie, Geologie, Geophysik, Ingenieur- und Hydrogeologie, Kristallographie, Lagerstättenkunde, Mineralogie, Paläontologie (und) Physische(r) Geographie“ zu den Hauptanliegen der „Geokommissare“ gehörte.<sup>78</sup>

Entsprechend waren es in den folgenden beiden Jahrzehnten weiterhin DFG-Programme, die der zwar pluralen, gleichzeitig eher kleinteiligen Struktur der geowissenschaftlichen Grundlagenforschung in Westdeutschland zu internationaler Leistungsfähigkeit und überregionalen Arbeitszusammenhängen verhalfen. In den Jahren nach 1967 wurden weitere 15 Schwerpunktprogramme eingerichtet und 1969 konnte man erstmals vom umfangreichsten Förderinstrument der DFG profitieren: Der Sonderforschungsbereich (SFB 48: „Erdkruste“) wurde eingerichtet, der erste von insgesamt 13 geowissenschaftlichen Sonderforschungsbereichen, die im Zeitraum zwischen 1969 und 1989 anliefen und von der Geologie über die Geophysik und die Meeresforschung bis zur Geodäsie ein breites Spektrum abdeckten.<sup>79</sup> Dennoch stellte man zu Beginn der 1980er Jahre zusehends kritisch fest, dass man zwar im Bereich der Drittmittelförderung das Niveau der ‚großen‘

<sup>77</sup> Vgl. Denkschrift (1967) S.122-126; Seidl/Aichele (1997); 1970 schlossen die DFG und der Bundesanstalt für Bodenforschung einen Vertrag ab, nach dem das Observatorium kooperativ als Hilfseinrichtung für die deutschen Forschung betrieben werden sollte.

<sup>78</sup> Vgl. Kommission für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung: Mitteilung 1 bis 14 (1972-1985); Mitteilung der Senatskommission für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung (1986ff); <http://www.geokommission.de/auftrag.php> (Zugriff am 23.11.2004).

<sup>79</sup> Vgl. Geowissenschaftliche Grundlagenforschung in Deutschland. Denkschrift: Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung, o.O. 1991 S.16.

Disziplinen wie Chemie und Physik erreicht hatte, man aber im Gegensatz zu diesen über keinerlei Ressourcen bei den großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen – namentlich der MPG, m.E. den Großforschungseinrichtungen<sup>80</sup>, aber auch der freien Wirtschaft verfügen würde.<sup>81</sup> Gleichzeitig nahm die Beteiligung der westdeutschen Geowissenschaften an langfristig und international durchgeführten Großprojekten seit den späten siebziger Jahren an Umfang und Qualität zu. Am Dachprogramm des „Internationalen Lithosphere Program“ (ILP, seit 1980) beteiligte man sich auf westdeutscher Seite mit zwei großen Projekten: der „Kontinentalen Tiefbohrung“ (KTB)<sup>82</sup> und dem „Deutschen Kontinentalen Reflexionsseismischen Programm“ (DEKORP)<sup>83</sup>, zu denen neben der DFG jetzt erstmals auch das BMFT Mittel beisteuerte. Im Falle der Tiefbohrung – dem „größte(n) und teuerste(n) Forschungsprojekt ...., das die deutschen Geowissenschaftler jemals durchgeführt haben“<sup>84</sup> –, spielte der Gedanke, organisatorische und auch epistemologische Defizite der westdeutschen Geowissenschaften durch die Initiierung eines Großprojektes aufzubrechen, eine wichtige Rolle. So gab es die Erwartung, „mit einem Großprojekt der zunehmenden Aufsplitterung, Spezialisierung und Individualisierung in der deutschen geowissenschaftlichen Landschaft entgegenzuwirken“, zumal die vorherrschende „Trennung von Geophysik und Geologie ... sich zu einem schwerwiegenden Hemmnis im Zeitalter der Plattentektonik“ zu entwickeln begann.<sup>85</sup>

---

<sup>80</sup> In der Folge des stark politisch und wirtschaftlich motivierten, bundesdeutschen Beitritts zum Antarktisvertrag war in Bremerhaven das „Alfred-Wegener-Wegener-Institut für Polarforschung“ (AWI) als Großforschungseinrichtung des Bundes errichtet worden. Vgl. Heinz Kohnen: Antarktisforschung – Ein Neubeginn, in: Kommission für geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung Mitteilung IX, Boppard 1980 S.30-38; Klaus Fleischmann: Zu den Kältepolen der Erde. 50 Jahre deutsche Polarforschung, Bielefeld 2005.

<sup>81</sup> Willi Ziegler: Zur Förderung geowissenschaftlicher Forschungsprojekte durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Kommission für geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung Mitteilung IX, Boppard 1980 S.46-52, S.49.

<sup>82</sup> Behr (1997); J. Behr (Ed.): The German deep drilling project, KTB, Berlin 1997.

<sup>83</sup> Hans-Jürgen Dürbaum u.a.: Das Kontinentale Reflexionsseismische Programm (DEKORP), in: Geschichte Geophysik (1997) S.149-155.

<sup>84</sup> Rolf Emmermann: Abenteuer Tiefbohrung. Eine Zwischenbilanz zum Abschluß des Kontinentalen Tiefbohrprogramms der Bundesrepublik Deutschland (KTB), in: Geowissenschaften 13 (1995) S.114-128, S.114.

<sup>85</sup> Behr (1997) S.143.



Abb. 3: Bohrlotation des Kontinentalen Tiefbohrprojekts der Bundesrepublik Deutschland (KTB) mit dem Bohrturm der Vorbohrung im Jahr 1988.

Gerade diese beiden Großvorhaben waren es, denen in der Entwicklung der auf die so genannte „kontinentalen Lithosphäre“ – als der äußeren Zone des festen Erdkörpers – bezogenen Forschung in Westdeutschland entscheidende Schubwirkung zugesprochen werden muss. Das dadurch erreichte Niveau über die Laufzeit der Projekte hinaus abzusichern, war unter deutschen Geowissenschaftlern in den 1980er Jahren ein konsensfähiges Anliegen: Als man im Rahmen der Wiedervereinigung eine Bestandsaufnahme der strukturellen Situation der geowissenschaftlichen Forschung der Bundesrepublik vornahm, wurde konstatiert, dass z.B. geophysikalische „Institute kleinerer bis mittlerer Größe“ mit einer durchschnittlichen Besetzung von 14 Mitarbeitern das Bild beherrschten.<sup>86</sup> Diese Eigenheit in Verbindung mit der Drittmittelförderung der DFG hätte bedingt, „daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit der geophysikalischen Institutionen der

<sup>86</sup> „Im Mittel hat ein selbständiges geophysikalisches Hochschulinstitute 14 Planstellen, davon 3 Professoren und 5 weitere Wissenschaftler, 4 Stellen für technisches Personal und 2 Stellen für die Verwaltung.“ Memorandum zur strukturellen Neugestaltung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Geophysik im vereinten Deutschland vom 11.01.1991, in: Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung (1991), Anhang S.2.

Bundesrepublik vorbildlich, wenn nicht einzigartig ist.“<sup>87</sup> An Grenzen allerdings würde man dann stoßen, „wenn die Forschungsarbeiten nach Art und Dauer nicht im Rahmen von Diplom- und Doktorarbeiten unterzubringen sind oder wenn ein größerer Organisationsapparat erforderlich ist.“<sup>88</sup> Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass sich 1990 auch auf westdeutscher Seite relativ schnell ein breiter Konsens herausbildete, dass die Schaffung einer vor allem auf die Erforschung der oberen Erdschichten spezialisierten, multidisziplinär angelegten Leiteinrichtung eine geeignete Lösung für den Umbau der Forschungsressourcen der DDR wäre.

#### **IV. Wissenschaftspolitische Weichenstellungen: Auflösung der Akademieinstitute unter der Ägide des Wissenschaftsrats**

Das ZIPE hatte im Juni 1990 mit seinem Großforschungskonzept eine wichtige Umbauinitiative vorgelegt, doch sollten politische Weichenstellungen die quasi-molekulare Frühphase des Umbruchs, in der es zahlreiche individuelle und institutionelle Initiativen gegeben hatte, zunächst beenden: Anfang Juli 1990 kam es bei einem als „Kamingespräch“ bekannt gewordenen Treffen zwischen den beiden deutschen Forschungsministern, Vertretern der Länder und einer hochrangigen Delegation aus Wissenschaft und Wirtschaft zu einem grundlegenden Beschluss, in welcher Form und auf welchem Weg die Wissenschaftssysteme der beiden deutschen Staaten zusammengeführt werden sollten. Eine einheitliche Vorgehensweise legte alle bis dahin verfolgten Initiativen auf Eis, was wenige Wochen später im Art. 38 des so genannten Einigungsvertrags auch rechtlich sanktioniert und festgeschrieben wurde. Wissenschaftspolitische Zielvorgabe war eine „einheitliche“, faktisch ausschließlich am bundesdeutschen Institutionengefüge orientierte Forschungslandschaft. In dem Zusammenhang war eine der zentralen Aufgaben die „Einpassung der in der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR zusammengefassten Einrichtungen“.<sup>89</sup> Damit war ein Ergebnis präjudiziert: Die Akademie als Gelehrtenengesellschaft sollte von ihrer Forschungsinfrastruktur abgetrennt werden und damit in ihrer bisherigen Form aufhören zu existieren. Die Forschungseinrichtungen sollten zunächst von den neu zu gründenden Ländern aufgefangen, dann zusammen mit anderen Einrichtungen als außeruniversitäre

---

<sup>87</sup> Ebd. S.3.

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> BMFT-Pressemitteilung vom 3.7.1990, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente.

Wissenschaftslandschaft der DDR vom westdeutschen Wissenschaftsrat begutachtet und schließlich gemäß dessen Vorschlägen reorganisiert werden.<sup>90</sup>

Die Ereignisse folgten nun Schlag auf Schlag. Der mit der Begutachtung beauftragte Wissenschaftsrat beschloss ein Verfahren, bei dem den betreffenden Einrichtungen ein berichtigt gewordener, 23 Fragen umfassender Katalog vorgelegt wurde und in einem darauf folgenden Verfahrensschritt Vor-Ort-Besuche vorgesehen waren. Nach Auswertung und Diskussion dieser Entscheidungsgrundlagen – auch unter Einbezug externer Expertise – sollten dann wissenschaftspolitische Empfehlungen ausgesprochen werden. Gemäß Einigungsvertrag sollte dieses mehrstufige Verfahren „bis zum 31. Dezember 1991 abgeschlossen sein ..., wobei einzelne Ergebnisse schon vorher schrittweise umgesetzt werden sollen“.<sup>91</sup> Bis zu diesem Termin wurde den Akademieinstituten – „soweit sie nicht vorher aufgelöst oder umgewandelt werden“ – und ihren Mitarbeitern eine vom Bund und den neuen Ländern getragene Übergangsfinanzierung zugesichert, wozu die so genannte „Koordinierungs- und Abwicklungsstelle der Institute der Akademie der Wissenschaften (KAI-AdW)“ eingerichtet wurde.<sup>92</sup>

Den Akademieeinrichtungen auf dem Telegrafenberg, d.h. dem ZIPE, der FHD, dem ZIAP und auch dem Meteorologischen Hauptobservatorium ging der Fragebogen des Wissenschaftsrats – damaliger Vorsitzender war der Rechtshistoriker Dieter Simon – mit dem Datum des 12.7.1990 zu, also bereits mehrere Wochen vor der Sanktionierung des Verfahrens durch den Einigungsvertrag. Der Minister für Forschung und Technologie der DDR Frank Terpe versuchte kurz darauf bei Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber direkt für die Großforschungspläne des ZIPE zu intervenieren, mindestens aber zu erreichen, dass neben dem Wissenschaftsrat auch noch die „Senatskommission für Geowissenschaften der DFG“, von der man sich offensichtlich eine wohlwollende Behandlung versprach, offiziell in die Begutachtung einbezogen wird.<sup>93</sup> Innerhalb des ZIPE traten mit diesem Eintritt in eine neue, entscheidende Umbauphase latente institutsinterne Spannungen offen zutage. So forderte man im in Jena gelegenen, seismologischen

<sup>90</sup> Neben der Akademie der Wissenschaften der DDR betraf dies auch die Bauakademie, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften sowie verschiedene Ressortforschungseinrichtungen.

<sup>91</sup> Vgl. Schreiben von Simon an Hurtig vom 12.7.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE; Korrespondenz; Sitzungen; Stellungnahmen; Zitat aus Art. 38 des Einigungsvertrags Abs.1.

<sup>92</sup> Zitat aus Art. 38 des Einigungsvertrags Abs.2; zur Arbeit der KAI-AdW vgl. das Jahrbuch der Akademie 1990/1991.

<sup>93</sup> Vgl. Schreiben Terpe an Riesenhuber vom 17.7.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Korrespondenz, Sitzungen, Stellungnahmen.

und seismometrischen Institutsteil – hier arbeiteten zu diesem Zeitpunkt ca. 65 Mitarbeiter –, unabhängig vom Potsdamer Dachinstitut evaluiert zu werden.<sup>94</sup>

Der Fragenkatalog, der dem Wissenschaftsrat spätestens Ende August 1990 beantwortet zu übergeben war, verlangte Auskünfte zu den „gegenwärtigen Aufgaben und Tätigkeiten“, zu den Organisationsstrukturen, zum Personal, zur Ausstattung und Finanzierung, zur nationalen und internationalen Zusammenarbeit sowie den Zukunftsplänen der Institute. Vom Wissenschaftsrat wurden für das Evaluierungsverfahren Arbeitsgruppen eingerichtet, die man in ihrem Zuschnitt an den Forschungsbereichen der Akademie orientierte. Für den Telegrafenberg sollte die „Arbeitsgruppe Geo- und Kosmoswissenschaften“ (m.E. noch die „Arbeitsgruppe Physik“) maßgeblich wichtig werden. Das elfköpfige Gremium, Vorsitzender war der Direktor des AWI Gotthilf Hempel, setzte sich zum überwiegenden Teil aus westdeutschen Fachwissenschaftlern aus Universitäten und Forschungseinrichtungen (BGR, Max-Planck-Institute) zusammen, außerdem waren noch zwei Wissenschaftler aus der DDR, einer aus der Schweiz sowie Fachbeamte der Bundes- und Länderebene feste Mitglieder.<sup>95</sup> Die ehrgeizige Aufgabe war, unter massivem Zeitdruck insgesamt elf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen<sup>96</sup>, darunter neun Akademieinstitute, zu begutachten und bis zum Ende des Jahres 1991 in einem abschließenden Bericht konkrete Umbauempfehlungen zu erarbeiten, die laut Einigungsvertrag die Grundlage der „notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen“ bilden sollten. Faktisch aber blieb noch deutlich weniger Zeit, sicherte der Einigungsvertrag doch den Angestellten der Akademieinstitute befristete Arbeitsverhältnisse lediglich bis zum 31.12.1991 zu, so dass für einen für die Mitarbeiter ‚bruchlosen‘ Übergang die Nachfolgeeinrichtungen zu Beginn des Jahres 1992 ihre Arbeit aufnehmen mussten.

<sup>94</sup> Vgl. Schreiben Neunhöfer an Wissenschaftsrat vom 14.8.1990, in: ebd.

<sup>95</sup> Mitglieder der Arbeitsgruppe „Geo- und Kosmoswissenschaften“ waren: Gotthilf Hempel (AWI Bremen, Vorsitzender), Dieter H. Ehhalt (Forschungszentrum Jülich), Egon Althaus (Karlsruhe), Hans Füchtbauer (Universität Bochum), Gerhard Haerndel (MPI für extra-terrestrische Physik Garching), Hans-Peter Harjes (Universität Bochum), Philipp Hartl (Universität Stuttgart), Klaus Hasselmann (MPI für Meteorologie), Franz Jacobs (Universität Leipzig), Martin Kürsten (BGR Hannover), Stephan Müller (ETH Zürich), Max Schwab (Universität Halle-Wittenberg). Wolfgang Torge (Universität Hannover), Karl Armin Tröger (Freiberg), Ministerialdirigent Menden (BMFT), Oberregierungsrat Klaus-Eckehard von Unruh (Schleswig-Holstein). Vgl. ebd.; wegen der Mischung aus geowissenschaftlicher und festkörperphysikalischer Forschung wurde die „Forschungsstelle für Hochdruckforschung“ auch noch von der AG Physik des Wissenschaftsrats begangen und beurteilt.

<sup>96</sup> Dies waren: (1) ZIPE, (2) FHD, (3) Institut für Geographie und Geoökologie/Leipzig, (4) Bereich Hydrologie des IGG, (5) Institut für Meereskunde/Rostock, (6) Forschungsbereich Gewässerschutz/Wasserwirtschaftsdirektion Magdeburg, (7) Heinrich-Hertz-Institut für Atmosphärenforschung und Geomagnetismus/Berlin, (8) Forschungseinrichtungen des Meteorologischen Dienstes der DDR, (9) Institut für Ökosystemforschung, (10) Institut für Kosmosforschung, (11) Zentralinstitut für Astrophysik.

Die im August fertig gestellte Stellungnahme des ZIPE umfasste 57 Seiten und war ergänzt durch Dokumente wie das „Memorandum geowissenschaftlicher Einrichtungen der DDR“, einen überarbeiteten Entwurf zur Gründung eines „Zentrums für Geowissenschaftliche Grundlagenforschung“ sowie eine englischsprachige Broschüre mit dem Titel „Central Institute for Physics of the Earth“.<sup>97</sup> In der Stellungnahme stellte man sich als wichtigstes geowissenschaftliches Forschungsinstitut der DDR dar, das zum überwiegenden Teil – nämlich in einem Verhältnis 95:5 – Grundlagenforschung betrieben hätte. Strukturelle Mängel des ostdeutschen Staates und seines Wissenschaftssystems hätten allerdings zur Folge gehabt, dass sich der technische Anteil der Institutsarbeit als überdimensioniert darstelle. Zur Frage, inwieweit nach dem Herbst 1989 das Forschungsprofil verändert worden wäre, gab man an, dass es eine signifikante Verlagerung vom Gerätebau und kartographischen Arbeiten auf den Komplex „Ökologie und Umwelt“ gegeben hätte. Die Bedeutung der materiellen und historischen Ressourcen des ZIPE schätzte man ausgesprochen hoch ein. Dabei wurden die angeschlossenen Observatorien in Potsdam, Moxa, Tiefenort, Berggießhübel und Königstein sowie das seismologische Forschungsnetz als „geowissenschaftliche Großgeräte“ gewertet und – neben dem „MAVACS-Gerät“ – als „unikal“ für den deutschen Sprachraum eingeschätzt; auch die Antarktisstation „Georg Forster“ und auch die Geräte zur Satellitenfernbeobachtung galten den ZIPE-Wissenschaftlern als Ressourcen von überregionalem Gewicht. Und schließlich konnte die Tradition des Standorts in die Wagschale geworfen werden, verfügte man doch mit dem Seismogrammarchiv oder der geodätischen Sammlung des ehemaligen „Centralbureaus“ über weit zurückreichende Messreihen und Datensammlungen, was vor dem Hintergrund eines sukzessiven Übergangs zu einem dynamischen Erdverständnis in den Geowissenschaften tatsächlich eine wertvolle Ressource darstellte. Etwas in den Hintergrund trat die Polarforschung, der man durch die Konzentration auf ein „Helmert-Stille-Institut“ nur wenig Raum in der Stellungnahme gab. Hier zeichnete sich schon früh eine „eigene“ Lösung ab<sup>98</sup> und im Herbst 1990 erarbeitete der ZIPE-interne Koordinator Hans-Jürgen Paech eine Konzeption für die über mehrere

<sup>97</sup> Alle folgenden Angaben aus „Zentralinstitut für Physik der Erde: Informationen für den Wissenschaftsrat der Regierung der Bundesrepublik Deutschland“ vom August 1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>98</sup> „Durch das Gespräch mit leitenden Herrn des ZIPE sowie aufgrund weiterer Informationen ist mir deutlich geworden, dass wir die Entwicklung der vereinigten deutschen Polarforschung losgelöst vom Schicksal der verschiedenen Akademie-Einrichtungen sehen müssen.“ Hempel an Ministerialdirigent Mennicken/BMFT vom 28.5.1990, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente 1; vgl. auch das Schreiben Hempels an Paech vom 28.5.1990 in: ebd.

Einrichtungen verteilte DDR-Polarforschung (neben dem ZIPE noch das Heinrich-Hertz-Institut, das Institut für Geographie und Geoökologie und der Meteorologische Dienst). Diese hatte in ihrer Arbeit deutlich andere Schwerpunkte als ihre westdeutschen Kollegen gesetzt und so ließ es sich gut begründen, das Potential in eine „terrestrisch orientierte Forschungsstelle“ des Bremerhavener „Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung“ zu überführen.<sup>99</sup> Ein entsprechender Vorschlag vom November 1990 erwies sich als weitgehend konsensfähig, konnte auf Rückhalt beim Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, dem Polarforscher Hempel zählen und sollte in den folgenden Monaten auch nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden.<sup>100</sup>

Zwischen Ende September und Mitte Dezember 1990 kam es dann zu den Begehungen der Potsdamer Institute durch Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrats.<sup>101</sup> Diese liefen nach einem bei Evaluationen bewährten Muster ab: Nach Gesprächen mit der Leitungsebene folgte ein Rundgang mit (nachträglich als besonders ertragreich eingeschätzten) Mitarbeitergesprächen und ein so genanntes „institutsöffentliches Gespräch“, schließlich ein abschließender Austausch mit der Institutsleitung und gewählten Organen. In Potsdam hatte man sich in den Wochen vor der Begehung auf die weitere Ausgestaltung der Pläne einer Großforschungseinrichtung konzentriert und die entsprechenden Überlegungen in eine überarbeitete Konzeption eingebracht<sup>102</sup>, die man beim Besuch der Arbeitsgruppe Anfang Dezember als Plan für eine „Geowissenschaftliche Großforschungseinrichtung Potsdam-Telegrafenberg“ vorlegte.<sup>103</sup> Im Rahmen der ZIPE-Begehung machte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Hempel diesbezüglich weitreichende Mitteilungen. So werde sich die Arbeitsgruppe für die „Schaffung und Erhaltung leistungsfähiger, moderner geowissenschaftlicher Grundlagenforschung auf dem Telegrafenberg einsetzen.“ Die positiv bewerteten Institutsteile sollten zu „Kristallationskernen für ein modernes Forschungsensemble“ werden, für das man

---

<sup>99</sup> ZIPE: Vorschlag zur Zusammenführung und Neuorientierung der Polarforschung der ehemaligen DDR vom 25.11.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE, Materialien.

<sup>100</sup> Vgl. Hempel an Wissenschaftsrat vom 15.3.1991, in: Archiv des WR SO I 3.2.3 AG Geo- und Kosmoswissenschaften ZIPE; Fleischmann (2005) S.284-286.

<sup>101</sup> Die AG Physik besuchte am 27.9.1990, die AG GuK am 6.10.1990 die Forschungsstelle für Hochdruckforschung. Am 4.12.1990 beging die AG GuK das ZIPE, am 5.12.1990 das ZIAP, am 7.12.1990 die Außenstelle in Niemegek, am 12.12.1990 das Meteorologische Hauptobservatorium und am 16.1.1991 den ZIPE-Institutsteil Jena/Moxa.

<sup>102</sup> Vgl. zu den Beratungen die Protokolle der Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates im Oktober und November 1990, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neufassung 310.

<sup>103</sup> Vgl. „Geowissenschaftlichen Großforschungseinrichtung Potsdam-Telegrafenberg“ vom 4.12.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

eine „Fokussierung auf die kontinentale Lithosphärenforschung für sinnvoll“ erachte.<sup>104</sup> Auch wolle man gegen anders lautende Voten „in begrenztem Rahmen“ geodätische Grundlagenforschung betreiben und auch der Einbezug der Magnetismusforschung in Niemeck und Teile der kurz zuvor abgetrennten Hochdruckforschung werde ernsthaft in Erwägung gezogen.<sup>105</sup>



Abb. 4: Luftbild des Magnetischen Observatoriums Niemeck (2006)

In den anschließenden Beratungen der Arbeitsgruppe zwischen Januar und April 1991 wurden Mitarbeiter der Potsdamer Institute punktuell hinzugezogen, während auf westdeutscher Seite die verschiedensten Institutionen aktiv wurden, um auf die Entwicklung Einfluss zu nehmen. Dabei offenbarte sich auch das komplizierte institutionelle, durch Ressortinteressen überformte Geflecht, in dem sich die Geowissenschaften in Westdeutschland bewegten. Von Bundesministerien, in deren „Ressorts“ geowissenschaftliche Forschung betrieben wurde, über Großforschungseinrichtungen bis zu Fachgremien und –gesellschaften reichte das Spektrum von Akteuren, das sich in diesen Neuordnungsprozess einbrachte. Einzelne Vorschläge stellten durchaus eine Bedrohung für die fachliche und institutionelle

<sup>104</sup> Ebd. S.4.

<sup>105</sup> Mündliche Mitteilung an die Mitarbeiter des ZIPE vom 6.12.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE (Anhang des Schreibens vom Hempel an Torge vom 17.12.1990).

Einheit nicht nur des ZIPE, sondern auch des Standorts Telegrafenberg dar. So äußerte die „Deutsche Geodätische Kommission“ – entstanden in der Nachkriegszeit als westdeutsches Pendant zum „Geodätischen Institut“ – den mit der vorgeordneten Behörde, dem Bundesministerium des Inneren abgestimmten Wunsch, Teile des ZIPE dem „Deutschen Geodätischen Forschungsinstitut“ anzugliedern und Potsdam als Standort der geodätischen Forschung aufzugeben.<sup>106</sup> Das Bundesforschungsministerium, das sich für Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in besonderem Maß verantwortlich fühlte, wiederum begann, sich mit den vorgeordneten Ressorts „konkurrierender“ westdeutscher Einrichtungen, namentlich dem Bundeswirtschaftsministerium (als Träger der BGR) und dem Bundesinnenministerium über mögliche Aufgaben- und Kompetenzabgrenzungen zu beraten.<sup>107</sup>

Zu solchen Spannungen auf westdeutscher Seite kam, dass sich bei den Beratungen der Arbeitsgruppe ein wenig geschlossenes Bild des ZIPE (und auch der FHD) herauskristallisierte, der Vorsitzende Hempel sprach von „einem „inhomogene(n) Aggregat, das derzeit nur noch durch den Direktor zusammengehalten werde“. Die Analysen und Diskussionen offenbarten immer mehr, dass die Fassade des Zentralinstituts höchst ungleiche Teile, massive Spannungen und über Jahre konservierte Strukturdefizite verdeckt hatte, was nicht zuletzt in der Wissensproduktion für sehr unterschiedliche Akteure des ostdeutschen Staates seinen Ursprung hatte.<sup>108</sup> Dazu kam der eingeschränkte Handlungsraum des Instituts, der zu einer gewissen Regionalisierung und Selbstbezüglichkeit geführt hätte. Nach Meinung des Bochumer Geophysikers Hans-Peter Harjes war der aktuelle Zustand das „notwendige Ergebnis einer Monopolstellung bei Abschottung gegenüber der Außenwelt und gleichzeitiger fehlender geistiger Führung seitens der Leitung“, während der Geodät Philipp Hartl von einer „fenster- und türlosen Schutzhaube“ sprach, unter der die ZIPE-Wissenschaftler gearbeitet hätten.<sup>109</sup> Die materielle und technische Unterversorgung hätte die Arbeit über die Jahre ebenso belastet wie eine

<sup>106</sup> Stellungnahme der DGK zur Einbindung der geodätischen Forschungsinstitutionen in den neuen Bundesländern in die bestehenden Forschungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland vom Dezember 1990; vgl. dazu Schreiben des BMFT an den Staatssekretär in BMI vom 4.3.1991, beides in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE; Jörg Albertz u.a. (Hrsg.): Am Puls von Raum und Zeit. 50 Jahre Deutsche Geodätische Kommission, München 2002.

<sup>107</sup> Ebd. S.11; vgl. auch Stellungnahme des BMFT zum Schreiben des BMI vom 28.2.1991, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

<sup>108</sup> Vermerk über die wesentliche Ergebnisse des Besuchs der Arbeitsgruppe „Geo- und Kosmoswissenschaften“ beim Zentralinstitut für Physik der Erde (ZIPE) in Potsdam vom 18.2.1991 S.2, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>109</sup> Ebd. S.15.

langwierige und umständliche Administration sowie restriktive und überdimensionierte Leitungsstrukturen, denen für alle Bereiche der Institutsarbeit mangelnde Interaktion mit den Mitarbeitern vorgehalten wurde. Diese seien zwar durchaus leistungsfähig und hochqualifiziert gewesen, doch hätte dies nur zu wenigen „Glanzlichtern unter den früheren Aktivitäten des Institutes“ geführt, vielmehr sei zum Teil „seit Jahrzehnten ungefähr das Gleiche betrieben worden“ und man sei genug damit beschäftigt und gefordert gewesen, „im wissenschaftlichen Mittelfeld zu verbleiben.“<sup>110</sup> In der Perspektive der Arbeitsgruppe entsprach diesen Beharrungskräften auch der nur schleppende politische Umbau der Institutsleitung. So sei es „(t)rotz hohem Aufwand ... dem institutsinternen „runden Tisch“ lediglich gelungen, zwei „Alt-Stalinsten“ aus der Führungsebene zu entfernen.“<sup>111</sup> Entsprechend wurde auch das ZIPE-Nachfolgekonzept gelesen und interpretiert. Auch dies würde eine weitgehende Fortsetzung der bisherigen Aktivitäten vorsehen, keine Schwerpunkte setzen und sich nicht auf das „Wesentliche und Machbare“ konzentrieren.

In der Diskussion über die Zukunft der Institute hatte die Arbeitsgruppe seit ihrer Konstituierung immer wieder Beiträge der westdeutschen Geowissenschaften – von Institutionen und Fachvereinigungen – aufgenommen. Dabei nahm zwischen Herbst 1990 und Frühjahr 1991 zusehends ein Zukunftsmodell Form an, das sich durchaus in produktiver Auseinandersetzung mit den von der ZIPE-Leitung formulierten Plänen herausbildete.

Wenige Wochen nachdem der Wissenschaftsrat mit einer Evaluierung beauftragt worden war, hatte sich die „Alfred-Wegener-Stiftung“ (AWS), ein westdeutscher Zusammenschluss aus 18 geowissenschaftlichen Gesellschaften und Vereinen an Forschungsminister Riesenhuber gewandt und zur Zukunft der Telegrafenberginstitute Stellung genommen.<sup>112</sup> Das Papier wurde eingeleitet mit dem aus der bundesdeutschen Diskussion vertrauten Hinweis auf das Fehlen eines „reinen Forschungsinstituts“, dessen Einrichtung für die Geowissenschaften in Deutschland „längst überfällig“ sei.<sup>113</sup> Allerdings sei die ZIPE-Konzeption diesbezüglich „in wesentlichen Zügen ungeordnet, unpräzise und zum Teil widersprüchlich“, die darin skizzierte Einrichtung überdimensioniert und noch an den „Autarkiebestrebungen der

<sup>110</sup> Ebd. S.15/16.

<sup>111</sup> Ebd. S.9.

<sup>112</sup> Die Alfred-Wegener-Stiftung war 1980 gegründet worden, ihr Präsident im Wendejahr 1990 war Georg Troll (1934-1991), der Vizepräsident der Münsteraner Paläontologe Friedrich Strauch. Seit 2004 firmiert sie unter dem Namen „Geo-Union-Alfred-Wegener-Stiftung“.

<sup>113</sup> F.Strauch an H.Riesenhuber von 25.9.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

DDR“ orientiert. Dort eingeschlossene Arbeitsfelder und Praxisaufgaben würden in der Bundesrepublik längst von anderen Institutionen – z.B. von der BGR – abgedeckt. Insbesondere aber bemängelte die AWS eine fachliche Schieflage des ZIPE-Konzepts, das einen Plan für eine *geophysikalische*, nicht aber eine umfassend geowissenschaftliche Einrichtung darstellen würde. Dazu müsse das Konzept unbedingt um Forschungsrichtungen wie die Mineralogie, die Sedimentologie, die Paläoklimatologie, die Paläontologie u.a.m. erweitert werden. Das ZIPE könne „ein Teil einer solchen geowissenschaftlichen Großforschungsanlage, aber nicht die geowissenschaftliche Großforschungsanlage schlechthin werden“, eine Position, die man im Februar 1991 auch gegenüber dem Wissenschaftsrat wiederholte.<sup>114</sup> Während hier also eine Erweiterung, eine umfassend multidisziplinäre Lösung eingefordert wurde, trat man in Teilen der westdeutschen Geodäsie für eine Abtrennung der entsprechenden ZIPE-Abteilungen ein. Die „Deutsche Geodätische Kommission“ plädierte für eine Integration des Bereichs II (Geodäsie) von ZIPE in das „Deutsche Geodätische Forschungsinstitut“, namentlich in dessen Frankfurter Institutsteil für angewandte Geodäsie.<sup>115</sup> Dass eine solche Abtrennung von Institutsteilen keineswegs als sakrosankt zu betrachten war, zeigte das Beispiel der Antarktisforschung.<sup>116</sup> Im Fall der Geodäsie aber erwies sich eine solche Position als nicht ohne weiteres durchsetzungsfähig und die Geodäsie – hier konnte auch mit der Tradition des „Geodätischen Instituts“ argumentiert werden<sup>117</sup> – sollte in Potsdam Teil der geophysikalischen Grundlagenforschung bleiben. Die damit verbundenen Ressortstreitigkeiten zwischen dem Bundesinnenministerium (als Träger des Deutschen Geodätischen Forschungsinstituts) und dem BMFT wurden schließlich durch die gemeinsame Erarbeitung eines Konzepts für die „geodätische Forschung in einer interdisziplinären Institution“ aufgelöst, ein Schritt der indirekt massiven Einfluss auf die weitere Entwicklung gewinnen sollte (s.u.).<sup>118</sup>

Eine weiteres Positionspapier wurde Anfang Januar 1991 von der „Deutschen Geophysikalische Gesellschaft“ und dem „Forschungskollegium Physik des

<sup>114</sup> Strauch/AWS an Wissenschaftsrat vom 4.2.1991, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>115</sup> Stellungnahme der DGK zur Einbindung der geodätischen Forschungsinstitutionen in den neuen Bundesländern in die bestehenden Forschungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland (Dezember 1990), in: ebd.

<sup>116</sup> Vermerk über die wesentliche Ergebnisse des Besuchs der Arbeitsgruppe „Geo- und Kosmoswissenschaften“ beim Institutsteil Jena/Moxa des Zentralinstitut für Physik der Erde (ZIPE) 5.2.1991 S.12, beide in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE/Materialien.

<sup>117</sup> Mitglieder des Bereiches Geodäsie des ZIPE an Prof. Hempel vom 6.12.1990, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

<sup>118</sup> Stellungnahme des BMFT zum Schreiben des BMI vom 9.1.1991 vom 28.2.1991, in: ebd.

Erdkörpers“ vorgelegt, in dem man zur Neugestaltung von „Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Geophysik im vereinten Deutschland“ Stellung nahm.<sup>119</sup> Das FKPE hatte auf seiner Sitzung im Oktober 1990 bereits DDR-Vertreter zu seinen Beratungen hinzugezogen, deren Positionen waren allerdings nur fragmentarisch in die jetzt vorgelegte Empfehlung eingegangen. Das formal auf die Geophysik fokussierte Papier regte an, die Umbruchsituation im Osten Deutschlands zu nutzen, um über die „Wissenschaftsstruktur der alten Bundesrepublik“ nachzudenken. Mit Blick auf die Geowissenschaften konstatierte man ein weiteres Mal die Defizite bei den Möglichkeiten, längere und aufwändigere Projekte durchzuführen.

„Dies bezieht sich auf Mittel- und Langfristaufgaben erheblichen Umfangs, z.B. auf das Seismologische Zentralobservatorium, die digitale Bearbeitung und Archivierung großer Datenmengen der Sprengseismik, der Satellitengeodäsie, der Fernerkundung, der komplexen Analyse und Interpretation von Datenmaterial (z.B. Geotraversen). Ein Beispiel von besonderer Aktualität ist das Kontinentale Tiefbohrprogramm (KTB), wo mühsam mit Hilfe des BMFT und der DFG unkonventionelle Wege für das Management und die wissenschaftliche Koordination gefunden werden mussten. Häufig scheitert aber auch aus diesen Gründen die angemessenen Beteiligung der Bundesrepublik an international vereinbarten Forschungsprogrammen.“<sup>120</sup>

In einer Bestandsaufnahme der geophysikalischen Forschung und Lehre in der ehemaligen DDR attestierte man der Akademieforschung eine Prägung durch wissenschaftspolitische und –organisatorische Prinzipien der UdSSR, was zu „personell sehr umfangreichen, aber materiell sehr rückständig ausgestatteten“ Einrichtungen geführt hätte. Gleichzeitig sei mit der stark politisch motivierten Schaffung von Zentraleinrichtungen im Fall der Geowissenschaften eine bemerkenswerte Verbindung von Geodäsie, Geophysik und Geologie erreicht worden. Während man für die DDR-Hochschulen und -Universitäten den Auf- und Ausbau eines föderal strukturierten Ensembles von Einrichtungen empfahl, plädierte man im Fall der Akademieforschung für die Schaffung einer „potenten Institution für Planung, Koordinierung und Trägerschaft von Gemeinschaftsaufgaben geowissenschaftlicher Grundlagenforschung“. Eine solche müsste wesentliche Teile des ZIPE, den Bereich Geomagnetismus des Heinrich-Hertz-Institutes und einen Teil der FHD aufnehmen.

Argumentiert wurde mit den Anforderungen einer stark international, mithin global orientierten geowissenschaftlichen Forschung: Der Druck, sich mit umfangreichen Ressourcen an umfangreichen Projekten zu beteiligen, wachse kontinuierlich. In

<sup>119</sup> Memorandum zur strukturellen Neugestaltung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Geophysik im vereinten Deutschland vom 11.01.1991, in: Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung (1991), Anhang.

<sup>120</sup> Memorandum (1991) S.3/4.

diesem Zusammenhang wurden das im Aufbau befindliche globale System digitaler Breitband-Seismographenstationen, die „International Decade of Natural Disaster Reduction“, eine systematische Anwendung der seismischen Tomographie, die raumgestützte Beobachtung von Krustenbewegungen und Folgeprojekte der westdeutschen Unternehmungen DEKORP und KTB genannt. Nur ein neues Großinstitut könnte die dafür notwendige Logistik, apparative Ausstattung und Rechnerleistung bereitstellen. Für eine solche Position wuchs auch der politische Rückhalt: Wenige Tage nach Veröffentlichung des FKPE-Papiers konnte der Präsident der BGR Martin Kürsten auf einer Sitzung der Arbeitsgruppe berichten, dass es ein „Ressortabstimmungsgespräch“ zwischen Bundesforschungs- und Bundeswirtschaftsministerium (dem die BGR untersteht) gegeben habe, bei dem Einvernehmen hergestellt wurde, dass dem „feststellbare(n) Defizit im Bereich geowissenschaftlicher Grundlagenforschung im Rahmen der durch die deutsche Einheit gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten abgeholfen werden solle.“<sup>121</sup>

Den Beratungen der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats lag die Maxime zugrunde, „nur dann eine GFE (*Großforschungseinrichtung, Anm. d. Verf.*) zu empfehlen, wenn es aus logistisch-methodischen Gründen oder infolge einer Anbindung an internationale Großforschungsprogramme unerlässlich sei.“<sup>122</sup> Eben diese Tatbestände sah man im Fall der Telegrafenberg-Einrichtungen als gegeben an: Die hier konzentrierten geowissenschaftlichen Ressourcen sollten mit denen im benachbarten Niemegk in eine Großforschungseinrichtung „Institut für Lithosphärenforschung“ eingehen, das in seinem Zuschnitt und seiner universitären Verflechtung am Modell des Bremerhavener „Alfred-Wegener-Instituts“ zu orientieren sei. Trotz vereinzelt geäußerter Bedenken, dadurch „einen zweiten ‚Elefanten‘ neben der BGR“ zu schaffen<sup>123</sup>, hatte die Evaluierungsgruppe im Februar 1991 zu einer Position gefunden, von der die folgende Entscheidungsfindung nicht mehr signifikant abweichen sollte.

Alle Einzelfragen und –positionen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den vorangegangenen Monaten ein vom ZIPE bis zu den westdeutschen Fachgesellschaften reichender Konsens herausgebildet hatte, dass an die Stelle der Potsdamer Akademieinstitute eine großzügig dimensionierte Nachfolgeeinrichtung

<sup>121</sup> Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 13./14. Februar 1991 in Frankfurt/M. S.11, in: Archiv des WR SO I 3.2.3. AG GuK.

<sup>122</sup> Ebd.

<sup>123</sup> So äußerte sich Harjes in: Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse des Besuchs der Arbeitsgruppe „Geo- und Kosmoswissenschaften“ beim ZIPE in Potsdam vom 4.12.1990 S.17, in: Archiv des WR SO I 3.2.3. AG GuK/Ordner ZIPE.

treten sollte, die die Leerstelle einer – auch in der alten Bundesrepublik – fehlenden Leitinstitution im Bereich der „terrestrischen Geowissenschaften“ ausfüllen könnte. Ein solches Institut sollte sowohl außerhalb der Universitäten als auch der geowissenschaftlichen Ressortforschung stehen und war damit einer der großen Trägerorganisationen der außeruniversitären Forschung zuzuordnen.

Dieser konsensfähige Rahmen musste jetzt ‚nur noch‘ mit Inhalten, namentlich einem wissenschaftlichen Programm, einer organisatorischen Struktur und einem tragfähigen Konzept versehen werden. Genau dies aber lieferte ein entscheidendes Dokument der Übergangsgeschichte, die Denkschrift „Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung“, die wegen ihres Einbandes und ihrer formativen Wirkung auch als „Blaue Bibel“ bezeichnet wurde.<sup>124</sup> Hierbei handelte es sich um ein 75-seitiges Positionspapier, für das im Wesentlichen sechs westdeutsche Geowissenschaftler verantwortlich zeichneten, von denen bis auf den Geodäten Christoph Reigber alle in den vorangegangenen Jahren am westdeutschen Großprojekt der „Kontinentalen Tiefbohrung (KTB)“ mitgearbeitet hatten.<sup>125</sup> Darüber hinaus war die Gruppe in zahlreichen Einzelfragen von weiteren Fachkollegen bundesdeutscher Einrichtungen beraten worden.<sup>126</sup> Einen wichtigen Entstehungshintergrund bildete die oben erwähnte Diskussion, wie mit der geodätischen Forschung am ZIPE umzugehen sei. Hier hatte das BMFT die Initiative ergriffen und dem „Chefkoordinator des wissenschaftlichen KTB-Programms“ Rolf Emmermann die Aufgabe übertragen, in „enger Abstimmung“ mit dem Vorsitzenden der westdeutschen DGK Wolfgang Torge ein Konzept für die Einbettung in eine interdisziplinäre Einrichtung zu erarbeiten.<sup>127</sup> Dies hatte man genutzt, um ein umfassendes Konzept für eine Großforschungseinrichtung auf dem Telegrafenberg zu erarbeiten.

<sup>124</sup> Geowissenschaftliche Grundlagenforschung in Deutschland. Denkschrift: Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung, o.O. (April 1991).

<sup>125</sup> Als Hauptverfasser der Schrift zeichneten Rolf Emmermann (Gießen), Peter Giese (FU Berlin), Egon Althaus (Karlsruhe), Karl Fuchs (Karlsruhe), Christoph Reigber (München), Bernhard Stöckhert (Bochum).

<sup>126</sup> Als Beitragende und Kommentatoren werden genannt: H. Beiersdorf, H. Berckhemer, K. v. Gehlen, F. Goerlich, U. Haack, R. Hänel, E. Hinze, A.W. Hoffmann, W. Johannes, C. Marx, J. Nengendank, H. Rischmüller, F. Seifert, W. Torge. Ebd. S.I.

<sup>127</sup> Stellungnahme des BMFT zum Schreiben BMI vom 9.1.1991, S.4, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

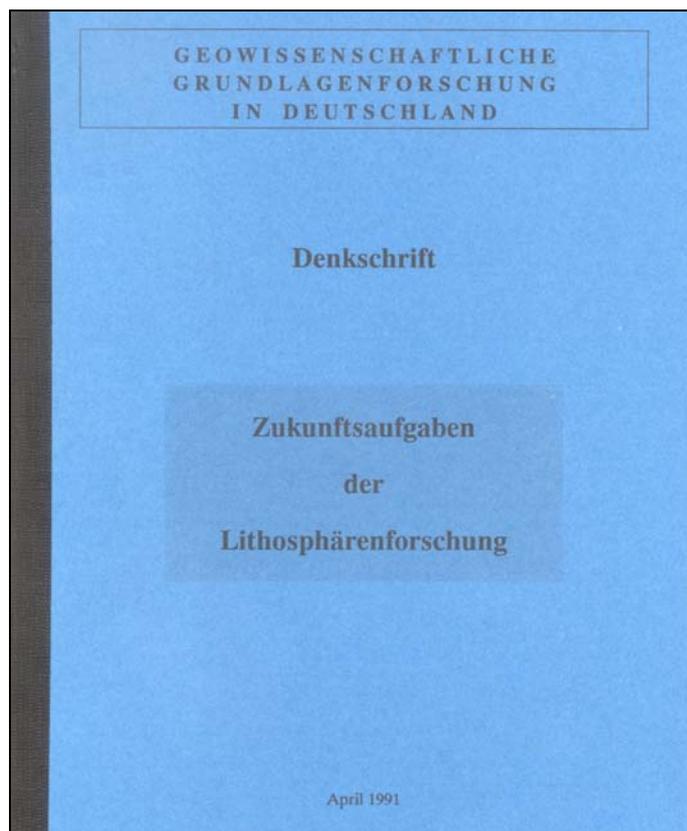


Abb. 5: Denkschrift „Zukunftsaufgaben der Lithosphärenforschung“, 1991

Ähnlich wie in dem Papier des FKPE – mit dessen Autoren es personelle Überschneidungen gab – verknüpften die Verfasser die west- und ostdeutsche Entwicklung berücksichtigende, historische und strukturelle Argumentationslinien, um die Schaffung eines neuen Großinstituts zu begründen, dessen Hauptaufgaben im Bereich der „kontinentalen Lithosphärenforschung“ liegen sollten. Die gegenwärtige Situation – so die Verfasser – gebe Anlass über einen Umbau der Lithosphärenforschung in Deutschland insgesamt nachzudenken, diese den Problemlagen in Ost und West entsprechend umzubauen und dabei dem absehbar wachsenden Gewicht des wiedervereinigten Deutschland Rechnung zu tragen.<sup>128</sup> Zum einen wurde der Impuls und die Dynamik betont, die durch das bundesfinanzierte KTB-Projekt erzeugt worden sei, daneben wurde ein weiteres Mal die „in Deutschland bisher einmalige Zusammenführung von Geodäsie, Geophysik, Geologie, Geochemie und Experimenteller Mineralogie“ im Potsdamer ZIPE herausgestellt.<sup>129</sup> Um einen „der Stellung der Bundesrepublik entsprechenden

<sup>128</sup> Zukunftsaufgaben (1991) S.9/10.

<sup>129</sup> Ebd. S.24; diese Einschätzung wurde auch von ehemaligen ZIPE-Mitarbeitern positiv wahrgenommen. So schrieb Karl-Bernhard Jubitz im Juni 1992 an Emmermann: „Als einer der 3

internationalen Beitrag zu globalen geowissenschaftlichen Themen“ leisten zu können, wurde empfohlen, eine „multidisziplinäre, geowissenschaftliche Großforschungseinrichtung“ zu schaffen, deren Arbeit auf fünf zentralen Themenkomplexen der Lithosphärenforschung aufruhen sollte.<sup>130</sup> Das Papier verband, vertiefte und pointierte aber nicht nur die unterschiedlichen Positionen der bisherigen Übergangsdiskussion, sondern entwickelte darüber hinaus – und das dürften ein wesentliches Moment seines Erfolges gewesen sein – ein überzeugendes Forschungsprogramm und sehr konkrete Vorstellungen zu dessen institutioneller Umsetzung, indem es detaillierte Aussagen zu Form, Umfang, Organisationsstruktur, Personal- und Haushaltsbedarf etc. einer solchen neuen Einrichtung machte.

Fertigstellung und Veröffentlichung dieser formativen Denkschrift fielen zeitlich mit den entscheidenden Beratungen der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats zusammen. Angesichts des Verlaufs der Beratungen sowie der zahlreichen persönlichen und fachlichen Überschneidungen zwischen den Initiatoren der Denkschrift und der Arbeitsgruppe, konnte deren abschließendes Votum nicht mehr überraschen: Man legte sich Ende April 1991 auf eine Empfehlung zur Errichtung einer maßgeblich bundesfinanzierten Großforschungseinrichtung fest, in die große Teile der Ressourcen und des Personals der geowissenschaftlichen Forschung auf dem Telegrafenberg eingehen sollten.<sup>131</sup> Damit war die nächste Phase des Übergangs eingeleitet: Schon wenige Tage später – Wochen bevor die offizielle Empfehlung des Wissenschaftsrats veröffentlicht wurde – unterrichtete man die Institutsleitung des ZIPE und der FHD und kündigte an, dass Mitte Juli 1991 ein Gründungskomitee der neuen Großforschungseinrichtung zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen

---

Begründer des Zentralinstituts für Physik der Erde, 1969 das ehem. Geotektonische Institut Stilles einbringend, bin ich in mehrfacher Hinsicht von dem Vorhaben einer GFE in Potsdam beeindruckt: der breite multi- und interdisziplinäre Ansatz, die die globale Herangehensweise sowie, nicht zuletzt, die instrumentell-technische Fundierung auf modernster Grundlage – alles Dinge, die uns seinerzeit bei der Gründung des ZIPE nicht zur Verfügung standen oder zur Diskussion gestellt werden konnten, verursacht durch Grenzbedingungen und Zwänge. Umso mehr freut mich die Objektivität, wie der damalige Grundgedanke unserer Gründung bewertet und unter heutigen Bedingungen aufgegriffen sowie unter dem Gesichtspunkt der Lithosphärenforschung neu und tiefgreifender formuliert wurde.“ Schreiben Jubitz an Emmermann vom 19.6.1991, in: GFZ/Gründung/Dokumente 2.

<sup>130</sup> Zukunftsaufgaben (1991) S.32-57; zu den „Zukunftsaufgaben der kontinentalen Lithosphärenforschung“ wurden gezählt: „Eigenschaften, Zustandsbedingungen und Prozesse der kontinentalen Lithosphäre“, „Stoff- und Energietransport“, „Struktur, Dynamik und Evolution der kontinentalen Lithosphäre“, „Kinematik und Dynamik der Lithosphäre“.

<sup>131</sup> Entwurf zur Stellungnahme zum Zentralinstitut für Physik der Erde in Potsdam und Jena vom 10.4.1991; Stellungnahme zum Zentralinstitut für Physik der Erde vom 3.5.1991, in: Archiv des WR/SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

treten würde und Delegationen der Akademieinstitute darin beratend mitwirken könnten.<sup>132</sup>

In den abschließenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom 5. Juli 1991 wurden die Ergebnisse der vorangegangenen Analysen und Beratungen noch einmal ausformuliert und in die im Einigungsvertrag vorgesehenen, wissenschaftspolitischen Handlungsempfehlungen gebracht. Was sich in den vorangegangenen Monaten auf politischer und wissenschaftlicher Seite mehr und mehr verdichtet hatte, war nun zur offiziellen Umbauempfehlung geworden: Für die geowissenschaftliche Forschung in Potsdam wurde die Gründung „eine(r) Großforschungseinrichtung ‚Institut für Kontinentale Lithosphärenforschung‘“ (IKL) empfohlen, die künftig die Stellung einer nationalen Leiteinrichtung der „Geowissenschaften der festen Erde“ einnehmen und als solche „Gemeinschaftsaufgaben“ für die deutschen Geowissenschaften zu erfüllen hatte. Zu letzterem Aufgabenbereich wurde gerechnet:

„Die Planung und Durchführung geowissenschaftlicher Großprojekte, wie z.B. kontinentaler Tiefbohrungen, die Betreuung des Gerätepools für mobile Einsätze, physikalische und chemische Analytik sowie ein Daten- und Bohrkernarchiv sollen zu den Aufgaben des Lithosphäreninstituts zählen, die beträchtlichen Personalbedarf nach sich ziehen.“<sup>133</sup>

Neben solchen personal- und kostenintensiven „Gemeinschaftsaufgaben“ sollte die Lithosphärenforschung an der neuen Einrichtung in vier Hauptarbeitsbereiche gegliedert werden, an denen „eigene Forschung“ mit „neuen, großforschungsspezifischen Ansätzen“ verfolgt werden sollte. Diese vier Arbeitsbereiche schlossen z.T. explizit an Großprojekte westdeutscher/westlicher Provenienz an und sollten diese in neue, auch osteuropäische Räume erweitern. Am konkretesten wurde diese West-Ost-Brückenfunktion des neuen Instituts für den Projektbereich „Lithosphären-Traversen“ formuliert, der die „erste große europäische Geotraverse (EGT) von Nordnorwegen bis Afrika“ um eine bereits in Planung befindliche „Ost-West-Traversal vom Ural bis zum Atlantik“ erweitern sollte; ein internationales Programm, „das das Zusammenwachsen der west- und osteuropäischen Geowissenschaften unterstützen soll“, wobei das „Lithosphäreninstitut in Potsdam vermittelnd wirken“ könnte.<sup>134</sup> Analoge Bezüge auf „eine aktive angemessene Beteiligung der Bundesrepublik an internationalen Gemeinschaftsaufgaben und Langzeitaufgaben“ durchzogen die gesamte

<sup>132</sup> Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates von ZIPE vom 29.4.1991, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerausfassung 310.

<sup>133</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Geo- und Kosmoswissenschaften, Köln 1992 S.37.

<sup>134</sup> Ebd. S.35/36.

Empfehlung, das neue Institut sollte in dieser Hinsicht zum kontinental ausgerichteten Pendant des ‚polaren‘ Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven und dem ‚marinen‘ GEOMAR-Institut in Kiel werden.<sup>135</sup>

Damit war endgültig klar, dass es nicht nur um die modifizierte Fortsetzung der bisherigen Arbeiten auf dem Telegrafenberg, sondern vielmehr eine umfassende Neugründung ging. Ehemalige Mitarbeiter aus den positiv bewerteten Arbeitsgruppen des ZIPE und der FHD sollten „im Rahmen üblicher Stellenausschreibungen und –besetzungsverfahren übernommen werden.“<sup>136</sup> Von politischer Seite stand die Bereitschaft im Raum, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu den ehemaligen Akademieeinrichtungen ohne Abweichungen und auch zügig umzusetzen, so dass der Reorganisationsprozess in Potsdam unmittelbar nach Abschluss der Wissenschaftsratsevaluierung einsetzte.<sup>137</sup>

Für die „nicht-geowissenschaftlichen“ Telegrafenberginstitute und die Institutsteile, die nicht in die neue Großforschungseinrichtung eingehen sollten, waren bis Juli 1991 ebenfalls maßgebliche Umbauempfehlungen formuliert worden<sup>138</sup>: Wie bereits dargestellt, sollte die vom Wissenschaftsrat positiv evaluierte Polarforschung des ZIPE (und anderer DDR-Einrichtungen) in eine auf dem Telegrafenberg angesiedelte, „terrestrisch orientierte“ Außenstelle des AWI überführt werden, deren Hauptarbeitsbereich die „Atmosphären- und Periglazialforschung“ sein sollte. Diese sollte die Verflechtungsbeziehungen der DDR-Polarforschung weiterführen und „in besonderem Maße die Kooperation mit den Polarforschern der Sowjetunion und Polens“ pflegen.<sup>139</sup> Die FHD wurde aufgeteilt: Für die materialwissenschaftlich ausgerichteten Mitarbeiter war eine Angliederung an die neue Universität Potsdam, an die TU Berlin oder die in Berlin angesiedelte „Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung“ (BAM) vorgesehen. Auch das „Zentralinstitut für Astrophysik“ sollte aufgeteilt werden, ein „Zentrum für Astrophysik“ und eine Projektgruppe der Max-Planck-Gesellschaft sollten hier Personal und Ressourcen

---

<sup>135</sup> Dies waren die seismometrische Geräteentwicklung des Institutsteils Jena des bisherigen ZIPE, die Isotopengeochemie des Zentralinstituts für Isotopen- und Strahlenforschung Leipzig, das instrumententechnische Labor der Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtung Potsdam-Telegrafenberg und die Gruppe Geochemie des Hahn-Meitner-Instituts in Berlin-West. Das Geomagnetische Observatorium in Niemegk sollte als Außenstelle weitergeführt werden. Ebd. S.38.

<sup>136</sup> Stellungnahme zum Zentralinstitut für Physik der Erde in Potsdam und Jena vom 3.5.1991S.25, in: Archiv des WR/ SO I 3.2.3. AG GuK/ZIPE.

<sup>137</sup> Vgl. auch die vom BMFT verteilte „Handreichung zur Umsetzung der WR-Empfehlungen für die Institute der ehemaligen ADW“ vom 8.7.1991, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>138</sup> Das zentrale Dokument ist Wissenschaftsrat: Stellungnahmen (1992).

<sup>139</sup> Als Personal waren 34 Mitarbeiter, davon 17 Wissenschaftler vorgesehen. Ebd.S.55.

auffangen, woraus schließlich die Blaue-Liste-Einrichtung „Astrophysikalisches Institut Potsdam“ wurde, das im benachbarten Ortsteil Babelsberg neben der alten Sternwarte seinen neuen Standort fand. In die auf dem Telegrafenberg frei werdenden, traditionsreichen Gebäude des „Astrophysikalischen Observatoriums“ sollte eine Neugründung einziehen, die nur mittelbar in einer Tradition der Potsdamer Vorgängereinrichtungen stand: Ein „Institut für Klimafolgenforschung“, an dem auf der „Grundlage der meteorologischen Systemanalyse regionalisierte Klimamodelle erarbeitet“ und in neuartiger Form natürliche, soziale und wirtschaftliche Folgen „möglicher Klimaveränderungen“ untersucht werden sollten. Zu dem vorgesehenen Personal von 36 Mitarbeitern (davon 22 Wissenschaftler) sollten auch Mitarbeiter des Meteorologischen Dienstes gehören, der wiederum in den meteorologischen Forschungsgebäuden des Telegrafenbergareals ein „Observatorium Potsdam“ einrichtete.<sup>140</sup>

## **VI. Von der Empfehlung des Wissenschaftsrats zum „GeoForschungsZentrum“: der Gründungsprozess 1991/1992**

Der Empfehlung des Wissenschaftsrats folgend sollte ein Gründungskomitee für die neue Großforschungseinrichtung „alsbald Detail-Empfehlungen zur Aufgabenstellung und Struktur entwickeln“, deren Arbeitsgebiete definieren und schließlich das Personal auswählen.<sup>141</sup> Entsprechend konstituierte sich Mitte Juli 1991 in Bonn ein zwölfköpfiges Gremium unter Vorsitz des Berliner Geophysikers Peter Giese zur Gründung der „Großforschungseinrichtung in Potsdam-Telegrafenberg“, das während der folgenden fünf Monate den Gründungsprozess maßgeblich gestaltete.<sup>142</sup> Neben fünf westdeutschen – zwei davon hatten bereits an der „Blauen Bibel“ mitgearbeitet – und einem ostdeutschen Geowissenschaftler

<sup>140</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahmen (1992) S.116/117; S.166; vgl. auch Hans-Günther Körber: Die Geschichte des Meteorologischen Observatoriums Potsdam, Offenbach 1993; Klaus Wege: Die Entwicklung der meteorologischen Dienste in Deutschland, Offenbach 2002 S.258ff.

<sup>141</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahmen (1992) S.40.

<sup>142</sup> Mitglieder waren der Peter Giese (Vorsitzender/FU Berlin), Egon Althaus (Mineralogie/Geochemie/Karlsruhe), Maria Borkowska (Geologie/Warschau), Günther Friedrich (Mineralogie/Aachen), Philipp Hartl (Geodäsie/Stuttgart), Franz Jacobs (Geophysik Leipzig), Volker Jacobshagen (Berlin), Rolf Langbein (Greifswald), Rolf Meißner (Geophysik Kiel), Rolf Mitzner (Gründungsrektor Universität Potsdam), Wolfgang Torge (Geodäsie/Hannover), Jacques L.R. Touret (Petrologie/Amsterdam); ständige Gäste waren Vertreter des BMFT und des Ministerium für Wissenschaft, Technik und Kultur des Landes Brandenburg; beratend wirkten Rolf Emmermann (Gießen) und Rainer Paulenz (AWI Bremerhaven); als Sprecher der Wissenschaftlichen Räte fungierten A. Schulze (ZIPE), Ullner (FHD) Grafe (HHI); Protokoll der konstituierenden Sitzung des Gründungskomitees der Großforschungseinrichtung in Potsdam-Telegrafenberg am 18./19.7.1991, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente; darin GFZ Potsdam/Sitzungen des Gründungskomitees.

gehörten dem Komitee ein polnischer und ein niederländischer Geowissenschaftler/-in, der Gründungsrektor der Universität Potsdam sowie je ein Vertreter des Bundes und des Landes Brandenburg an. Die Wissenschaftlichen Räte der betroffenen Akademieinstitute/-institutsteile – ZIPE, FHD und Institutsteil Niemegek des HHI – entsandten zu den Sitzungen des Komitees jeweils einen Sprecher.

Auf der konstituierenden Sitzung einigte man sich, neben den Empfehlungen des Wissenschaftsrates die „Denkschrift zur Lithosphärenforschung“ (*d.h. die „Blaue Bibel“*, *Anm.d.V.*) und einen auf dieser Basis erarbeiteten Strukturplan zur Grundlage der Beratungen zu machen.<sup>143</sup> Dabei war die Vorgabe, dass „(v)on den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ... nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen abgewichen werden“ sollte.<sup>144</sup> Auch einigte man sich bereits in der Frage der kommissarischen Leitung des neuen Instituts („Gründungsdirektoren“), dessen wissenschaftliches Personal aus Geodäten, Geophysikern, Geologen und Mineralogen rekrutiert werden sollte: Hierzu wurde der maßgebliche Mitverfasser und -initiator der „Blauen Bibel“, der Gießener Mineraloge und Petrologe Rolf Emmermann (\*1940) bestimmt, auf administrativer Seite wurde ihm Rainer Paulenz vom „Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung“ zur Seite gestellt.

Es konnte nicht überraschen, dass die Gründungskommission mit nur geringen Modifikationen den institutionellen und fachlichen Zuschnitt der „Blauen Bibel“ übernahm, unter den „Gemeinschaftsaufgaben“ der neuen Einrichtungen sollten die westdeutschen Großprojekte „Kontinentales Tiefbohrprogramm“ (KTB) und „Deutsches Kontinentales Reflexionsseismisches Programm“ (DEKORP) allein aufgrund ihres Umfangs eine exponierte Stellung einnehmen.<sup>145</sup> Daneben galt die „Zwei-Säulen Empfehlung“ des Wissenschaftsrats, wonach neben den Gemeinschaftsaufgaben die interdisziplinäre Forschung in vier Themenbereichen (diese waren „Struktur“, „Stoffbestand“, „Prozesse“ und „Evolution“ der „Kontinentalen Lithosphäre“) – eingebunden in nationale und internationale Kooperationen – im Mittelpunkt der Institutsarbeit stehen sollte.<sup>146</sup> Der personelle Umfang der neuen Großeinrichtung wurde den Wissenschaftsratsvorgaben entsprechend auf 348 Stellen (davon ca. 200 für technisches und

<sup>143</sup> Der Strukturplan sah folgende Felder/Aufgabenbereiche vor „Globale Felder/Dynamik der Erde“; „Struktur und Evolution der Lithosphäre“; „Stoffparameter, Zustände und Prozesse in der Lithosphäre“; „Gemeinschaftsaufgaben“. Protokoll vom 18./19.7.1991 S.3/4, in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente; darin GFZ Potsdam/Sitzungen des Gründungskomitees.

<sup>144</sup> BMFT: Handreichung zur Umsetzung der WR-Empfehlungen für die Institute der ehemaligen AdW vom 8.7.1991 S.2, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>145</sup> Protokoll 18./19.7.1991 S. 4, in: ebd.

<sup>146</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahmen Geo- und Kosmoswissenschaften (1992) S. 35.

Verwaltungspersonal) festgelegt<sup>147</sup>, das Institut sollte zum 1. Januar des Jahres 1992, also knapp fünf Monate nach der ersten Sitzung der Gründungskommission seine Arbeit aufnehmen. Und: Ein Name für die Neugründung erwies sich bald als konsensfähig, im August wurde einhellig beschlossen, diese „GeoForschungsZentrum Potsdam“ (GFZ) zu benennen.<sup>148</sup>

Den Mitgliedern der Gründungskommission lagen zunächst zwei Arbeitsunterlagen vor: Neben einem Papier des BMFT zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats war dies ein weiteres Mal die „Blaue Bibel“, deren Schlüsselcharakter sich damit erneut manifestierte.<sup>149</sup> Der Zeitrahmen sah vor, dass bis Ende 1991 mindestens der „rechtliche, fachliche und personelle Rahmen“ soweit festgelegt war, dass daran nur noch Detailplanungen anschließen müssten. Maßgabe war, das Personal vor allem aus den neuen Ländern und Berlin-Ost zu rekrutieren, lediglich beim Leitungspersonal – dem alten stand die Bewerbung auf die entsprechenden Stellen frei – und wo keine geeigneten Kräfte gefunden werden konnten, sollte davon abgewichen werden. Anders lautende Äußerungen und Meldungen in der Presse wurden von den Mitarbeitern der Akademieinstitute mit großer Sorge wahrgenommen.<sup>150</sup> Die Vorgaben wurden im September 1991 in einer Vereinbarung zwischen den ostdeutschen Wissenschaftsministern und dem Bundesforschungsministerium zu einer Quotenregelung von 90:10 zu Gunsten ostdeutscher Bewerber konkretisiert, was im Gründungskomitee kritisch gesehen und von westdeutscher Seite z.T. vehement angegriffen wurde, für die Führungsebene allerdings ohnehin keine Gültigkeit hatte.<sup>151</sup> Hier sollte es vielmehr zu einer

<sup>147</sup> Ebd. S. 39; Beschlussprotokoll der 2. Sitzung des Gründungskomitees des GeoForschungsZentrums Potsdam vom 2.8.1991 S.1, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees; in dieser Phase war auch eine Namengebung in der Diskussion, die sich an Alexander von Humboldt anlehnen sollte.

<sup>148</sup> Beschlussprotokoll der 2. Sitzung des Gründungskomitees des GeoForschungsZentrums Potsdam vom 2.8.1991 S.2, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>149</sup> Schreiben Gieses an die Mitglieder des Gründungskomitees vom 16.7.1991, in: ebd.

<sup>150</sup> Im Berliner Tagesspiegel vom 13.8.1991 („Traum der Großforschung wird wahr“) wurde der Vorsitzende des Gründungskomitees Peter Giese mit der Äußerung zitiert: „Ein Großteil der Mitarbeiter wird aus den alten Ländern kommen“, was große Irritationen auslöste; vgl. auch das Schreiben der ZIPE-Leitung an den brandenburgischen Kultusminister Enderlein vom 26.8.1991 und die Richtigstellung Gieses an den Tagesspiegel vom 26.8.1991 („Es muß jedoch heißen: Ein Großteil der Mitarbeiter wird aus den neuen Ländern kommen“), beides in: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente 2.

<sup>151</sup> Vgl. die Erklärung eines westdeutschen Mineralogen vom November 1991, in der es hieß: „Inzwischen wurde bekannt, dass bei der Stellenbesetzung des geplanten GFZ zu 90% Bürger der neuen Bundesländer berücksichtigt werden sollen. Als Vorsitzender des Forschungskollegiums Mineralogie erhebe ich stärkste Einwände gegen diese Planung, welche in unerträglicher Weise die Zukunftschancen insbesondere der Nachwuchswissenschaftler aus den alten Bundesländern beschneidet, wo bekanntlich drei Viertel der deutschen Bevölkerung leben.“ In: Archiv des GFZ/Gründung/Dokumente 2; vgl. auch die Sitzung des Gründungskomitees am 1.10.1991, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

„generellen Neubesetzung der Leitungspositionen“ in der Form öffentlicher, internationaler Ausschreibungen kommen, während bei gleich bleibenden Arbeitsinhalten Mitarbeiter aus den positiv evaluierten Arbeitsgruppen der Akademieinstitute bevorzugt behandelt werden sollten. Gesamtziel war, zu einer „Durchmischung ost- und westdeutscher Wissenschaftler“ bei größtmöglicher personeller Kontinuität zu kommen, wobei soziale Fragen – insbesondere mit Blick auf ältere Wissenschaftler – zu berücksichtigen waren.<sup>152</sup>

Entsprechend kam es bei der Auswahl des Personals zu einem gestaffelten Verfahren, für dessen Teile unterschiedlich zusammengesetzte Auswahlgremien verantwortlich zeichneten. Während bei der Besetzung der nichtwissenschaftlichen Stellen Vertreter der alten AdW-Einrichtungen hinzugezogen wurden<sup>153</sup>, konstituierte sich zur Besetzung der Institutsleitung eine „Berufungskommission Vorstand“, die auch aktiv nach geeigneten Kandidaten Ausschau halten sollte.<sup>154</sup> Für die Direktorebene und die Ebene leitender Wissenschaftler wurde einerseits eine Kommission für gemeinsame Berufungen mit der Universität Potsdam, andererseits ein vom Gründungskomitee dominiertes Gremium geschaffen.<sup>155</sup> Mit Blick auf Fragen der politischen Belastung durch frühere Parteitätigkeit oder Arbeit für das Ministerium für Staatssicherheit galten die Bestimmungen des Einigungsvertrages und die jeweiligen Landesgesetze. Gleichzeitig wurde den Empfehlungen des BMFT entsprechend eine „Integritätskommission“ eingerichtet<sup>156</sup>, in der neben Vertretern der künftigen Institutsleitung und des Sitzlandes an maßgeblicher Stelle ein ehemaliger Akademiewissenschaftler sitzen sollte, der „besonderes Vertrauen genießt“.<sup>157</sup> Dieser Einrichtung oblag in letzter Konsequenz eine moralisch-

<sup>152</sup> Grundsätze für die Personalauswahl bei der Neugründung von gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen oder bei der Integration von Mitarbeitergruppen aus Instituten der ehemaligen AdW in bestehende Forschungseinrichtungen in Berlin und in den neuen Bundesländern vom 19.9.1991, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 2.

<sup>153</sup> Dieser „Auswahlkommission“ sollte der Gründungsdirektor, weitere Mitglieder des Gründungsausschusses, ein Mitglied der Wissenschaftsrats-Arbeitsgruppe, ein Vertreter des Landes, ein Mitglied des KAI (Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW) sowie ein Vertreter des wissenschaftlichen Rates des bisherigen Instituts angehören.

<sup>154</sup> Die Berufungskommission Vorstand setzte sich aus drei Vertretern des BMFT, aus zwei Vertretern des Brandenburgischen Wissenschaftsministeriums und vier Wissenschaftlern aus dem Kreis des Gründungskomitees zusammen.

<sup>155</sup> Protokoll des Gründungskomitees vom 18./19.7.1991 S.5/6.

<sup>156</sup> Empfehlungen (1992) S. 6/7.

<sup>157</sup> Die Frage einer solchen Kommission war erstmals in der 4. Sitzung des Gründungskomitees aufgekommen, aber umgehend in die Zuständigkeit der Brandenburgischen Landesregierung verwiesen worden. Protokoll der 4. Sitzung des Gründungskomitees vom 6.9.1991 S.7, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1; vgl. zur Arbeit einer solchen Kommission auch Tischendorf (1999) S.392ff.; zur Perspektive der AdW-Mitarbeiter „zwischen Integritätskommission und Auflösungsvertrag“ auch Herbert Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines

politische Bewertung der Bewerber und damit sicher der politisch und menschlich heikelste Teil des Transformationsprozesses.

Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Quotenregelung geriet wiederholt in die Kritik. Sie wurde schließlich mit dem Ziel, ein internationales „Center of Excellence“ zu errichten für unvereinbar erklärt.<sup>158</sup> Hier schuf man sich Spielraum, indem man die Definition der von einer Quotierung ausgenommenen „Leistungspositionen“ auf alle C4-, C3- und BAT I-Stellen ausdehnte.<sup>159</sup> In internen Beratungen kursierte bald die Einschätzung, dass ca. 25 % der Wissenschaftler nicht aus den „NBL und Berlin“ kommen würden.<sup>160</sup> Bis Mitte Oktober waren für den wissenschaftlichen Leitungsbereich 250 Bewerbungen eingegangen, von denen etwa 30 % – insbesondere in den Bereichen Mineralogie und Geologie – aus den neuen Bundesländern kamen.<sup>161</sup> Für die Stellen „unterhalb BAT I“ gingen bis Anfang November knapp 1900 Bewerbungen ein, wobei 1001 Bewerbern aus den neuen Bundesländern 878 ‚West-Kandidaten‘ gegenüberstanden.<sup>162</sup> Nach Sichtung und Auswertung der Bewerbungen wurden im wissenschaftlichen Bereich schließlich 115, im Bereich der sonstigen Mitarbeiter 190 Bewerbern ehemaliger Akademieeinrichtungen Stellenangebote unterbreitet.<sup>163</sup> Für den Posten des Wissenschaftlichen Vorstands konnte der Gründungsdirektor und konzeptionelle Vater des GFZ Rolf Emmermann gewonnen werden, ihm trat in der Nachfolge des zweiten Interimsdirektors Rainer Paulenz der administrative Vorstand Bernhard Raiser zur Seite. Der Plan, für die technische und logistische Infrastruktur, für die so genannten „Gemeinschaftsaufgaben“, einen eigenen Vorstand einzusetzen, war im

---

Philosophen vor, in und nach der DDR, Berlin 2004 S.486ff.

<sup>158</sup> Protokoll vom 1.10.1991 S.4; Protokoll vom 14.10.1991 S.3 (Stellungnahme des Forschungskollegiums Physik der Erde), in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>159</sup> Protokoll vom 14.10.1991 S.5, in: ebd.

<sup>160</sup> Ebd. hieß es: „Das Gründungskomitee sieht aufgrund der auf Basis der Empfehlung des Wissenschaftsrates erfolgten Ausschreibungen die C4-, die C3- und BAT I-Stellen als Führungspositionen an. Diese Stellen fallen nicht unter die 90/10 % Regelung.“ Eine solche Auslegung hatten die Bund-Länder-Grundsätze explizit einer Entscheidung des Gründungskomitees überlassen. Vgl. Grundsätze (1991) S.4; vgl. auch Kurzprotokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates von ZIPE am 16.10.1991, in: BLA Rep. 465 ZIPE Neuerfassung 310.

<sup>161</sup> Protokoll vom 14.10.1991 S.3, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>162</sup> Im wissenschaftlichen Bereich standen 311 Ostbewerbungen 716 aus dem Westen gegenüber, in nichtwissenschaftlichen Bereich dagegen betrug das Ost-West-Verhältnis 690 zu 162. Protokoll der 7. Sitzung des Gründungskomitees vom 19.11.1991 S.4, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 2.

<sup>163</sup> Protokoll der 8. Sitzung des Gründungskomitees vom 19.12.1991 S.4, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 2.

Verlauf der Verhandlungen mehr und mehr in Hintergrund getreten und schließlich einer zukünftigen Entscheidung anheim gestellt worden.<sup>164</sup>

Da das „GeoForschungsZentrum“ auch in Zukunft nicht die einzige Forschungseinrichtung auf dem Potsdamer Telegrafenberg sein würde, spielte auf nicht absehbare Zeit die Frage der Unterbringung bzw. der Aufteilung, der Sanierung und der Erweiterung des Gebäudebestands eine wichtige Rolle. Alle Beteiligten waren sich darüber im Klaren, dass das historische Ensemble aus quantitativen und qualitativen Gründen durch umfangreiche Neubauten erweitert werden musste.<sup>165</sup> Für die Übergangszeit waren Provisorien wie Container unumgänglich, auch hier sollte auf Erfahrungen aus dem KTB-Projekt zurückgegriffen werden. Bei der überregionalen Rekrutierung von Personal erwies sich die stark veraltete und weithin marode Infrastruktur, nicht nur auf dem Telegrafenberg selbst, sondern auch im Bereich des Wohnraums, des städtischen Umfelds etc. als Problem. Der schnelle, von exzellentem Personal bestimmte Aufbau nicht nur der Führungsebene wurde dadurch sicher erschwert. Dennoch konnte das Gründungskomitee auf seiner abschließenden Sitzung im Dezember 1991 auch für die Leitungsebene wesentliche Personalempfehlungen aussprechen und einer Aufnahme des Forschungsbetriebs in der neuen geowissenschaftlichen Großforschungseinrichtung auf dem Telegrafenberg stand formal nichts mehr im Wege.<sup>166</sup>

Entsprechend nahm das GFZ unter Leitung der Direktoren Emmermann und Raiser zum 1.1.1992 mit zunächst 290 besetzten Planstellen seine Tätigkeit auf. Trotz schwieriger äußerer Umstände entwickelte sich die Einrichtung von Beginn an dynamisch, bereits im folgenden Jahr war die Mitarbeiterzahl bereits auf 362 angewachsen, Anfang 1994 belief sie sich auf 408.<sup>167</sup> Zusammen mit der Potsdamer AWI-Außenstelle, dem „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“, dem Astrophysikalischen Institut Potsdam und der Außenstelle des Deutschen Wetterdienstes konstituierte der Telegrafenberg jetzt den „Wissenschaftspark Albert

---

<sup>164</sup> Ebd. S.3.

<sup>165</sup> Ebd. S.2; bereits in der zweiten Sitzung war festgestellt worden: „Das Gründungskomitee stellt fest, dass die auf dem Telegrafenberg vorhandenen Räumlichkeiten und deren Bausubstanz den Erfordernissen moderner geowissenschaftlicher Grundlagenforschung nicht genügen.“ Beschlußprotokoll der 2. Sitzung des Gründungskomitees des GeoForschungsZentrum Potsdam vom 2.8.1991 S.1, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 1.

<sup>166</sup> Protokoll der 8. Sitzung des Gründungskomitees vom 19.12.1991 S.5ff, in: Archiv des GFZ/Gründung/Sitzungen des Gründungskomitees 2

<sup>167</sup> Zweijahresbericht GeoForschungsZentrum Potsdam 1992/1993, Potsdam 1994 S.XIV.

Einstein“, wie man das Areal in Anlehnung an die vor allem in den Vereinigten Staaten und Japan verbreiteten „Science Parks“ jetzt nannte.<sup>168</sup>

Organisatorisch war das GFZ – für das man die Rechtsform einer Stiftung des öffentlichen Rechts gewählt hatte – Teil der bundesdeutschen Großforschungseinrichtungen geworden, deren Bestand unter dem organisatorischen Dach der AGF im Verlauf der deutschen Vereinigung noch um zwei weitere Institute in Berlin und Leipzig erweitert worden war.<sup>169</sup> Die geowissenschaftlichen Ressourcen des Telegrafenberges gehörten damit zu den wenigen Instituten der ehemaligen Akademie, die in diesen Teil des deutschen Forschungssystems integriert wurden. Mit dem GFZ, das fachlich abseits des traditionellen Profils der so genannten Großforschung lag, hatte man nicht nur auf vereinigungsbedingte Problemlagen reagiert, sondern auch dem seit den späten 1970er Jahren in der Klimaforschung und den Geowissenschaften beobachtbaren Trend zu kosten-, technik- und zeitintensiven Großprojekten Rechnung getragen.<sup>170</sup> Mess- und Computertechnologie hatten den Geowissenschaften völlig neue Möglichkeiten eröffnet, die „verzweigte Ursache-Wirkungs-Ketten“ innerhalb des „Systems Erde“ zu erfassen, zu simulieren und damit auch zu prognostizieren. Dabei bediente man sich eines reichhaltigen, nahezu sämtlichen naturwissenschaftlichen Disziplinen entliehenen Methodenspektrums und nutzte aufwändige und hochmoderne Instrumentarien wie Satelliten, Tiefbohrungen, globale Messsysteme etc. Eine schon im ZIPE in ähnlicher Form praktizierte Integration von Geodäsie, Geophysik, Geologie, Mineralogie und Geochemie war jetzt im GFZ durch Mathematiker, Physiker, Chemiker sowie Ingenieure ergänzt und: problem- bzw. lösungsorientiert reorganisiert worden. Mit den zwei bundesdeutschen Großprojekten KTB und DEKORP wuchsen dem neuen Institut vom ersten Tag an ‚große‘, zudem in hohem Maße europäisch und international vernetzte Aufgaben zu.

Die neue Großforschungseinrichtung verteilte sich in den frühen Jahren über die zum Teil historischen, zum Teil nach 1945 errichteten Gebäude, im Stadtgebiet Potsdam angemietete Räumlichkeiten und auf dem Telegrafenberg aufgestellte Container, was erhebliche praktische Probleme mit sich brachte und einen bereits in der

<sup>168</sup> Im Herbst 1991 war auch eine Namensgebung mit Bezug auf Alexander von Humboldt diskutiert und wieder verworfen worden.

<sup>169</sup> Neben dem GFZ waren noch das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch (MDC) und das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) aus „abgewickelten“ Akademieinstituten gegründet worden.

<sup>170</sup> Vgl. Megascience/The OECD Forum: Deep Drilling, Paris 1993; Megascience/The OECD Forum: Global Change of Planet Earth, Paris 1994; Ralph Boch: Die „Global Player“ des Klimawissens, in: Walter Hauser (Hrsg.): Klima. Das Experiment mit dem Planeten Erde, München 2002 S.122-134.

Gründungsphase angedachten Neubau, der alle Teilbereiche des GFZ samt technischer Infrastruktur aufnehmen sollte, umso dringlicher machte. Mit diesem konnte aber erst 1994 im Norden des historischen Areals begonnen werden, der Bezug erfolgte in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1997.<sup>171</sup> Bis dahin war die Zahl der Mitarbeiter bereits auf 560 angewachsen, im Rechnungsjahr 2007, fünfzehn Jahre nach seiner Eröffnung beschäftigte das GFZ ca. 780 Mitarbeiter.<sup>172</sup> Mit den Mitarbeitern des benachbarten „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (ca. 140) und der „Forschungsstelle Potsdam“ des AWI arbeiten heute mehr 1000 Menschen in den Forschungsinstituten auf dem Telegrafenberg.



Abb. 6: Luftbild des Telegrafenberges mit den Neubauten des GFZ Potsdam (im Vordergrund), 2005

Vor dem Hintergrund der zu bewältigenden Probleme in den Jahren 1989 bis 1991 ist das Ergebnis erstaunlich: War es doch aus einer historisch außerordentlichen Umbruchsituation heraus gelungen, tragfähige und zukunftsweisende Einrichtungen

<sup>171</sup> Zweijahresbericht GeoForschungsZentrum Potsdam 1996/1997, Potsdam 1998 S.251.

<sup>172</sup> Vgl. <http://www.gfz-potsdam.de/html/welcome/index.html> (Zugriff vom 21.9.2007).

zu schaffen und damit die Forschungstraditionen des Telegrafenberges erfolgreich in eine neue Entwicklungsphase zu überführen. Im Fall des GFZ galt es, eine neue Forschungseinrichtung von erheblichem Umfang auf Ressourcen aufzubauen, die sich in vierzig Jahren Forschungsgeschichte unter dem Dach der „Akademie der Wissenschaften der DDR“ entwickelt hatten. Da sich diese im fachlich-personellen Bereich deutlich besser darstellten als in technischen und materiellen Belangen, konnte eine vergleichsweise große Zahl von Wissenschaftlern und anderem Personal aus den Akademieeinrichtungen in das neue Institut übernommen werden; doch auch unter Berücksichtigung sozial flankierender Maßnahmen blieben die sozialen, politischen und biographischen Kosten der Umbruchgeschichte groß. Auch wenn diese im Bereich der Geowissenschaften mit Übernahmequoten von rund 60 % deutlich geringer ausfielen als in vielen anderen Disziplinen, verlor doch ein erheblicher Teil von Akademiemitarbeitern nach 1989 seine Stelle.<sup>173</sup> So lässt sich an der Geschichte des Telegrafenberges ein Urteil des Wissenschaftshistorikers Mitchell Ash bestätigen: Was die personellen und institutionellen Veränderungen anging, hatte der Bruch der Jahre 1989/1991 eine historisch präzedenzlose Qualität.<sup>174</sup> Im Kontext der Telegrafenberggeschichte hatte sich die im 19. Jahrhundert gestiftete Forschungstradition ein weiteres Mal als tragkräftig genug erwiesen, einen massiven politischen Bruch zu überstehen und – wenn auch in stark veränderter und modernisierter Form – ins 21. Jahrhundert weitergeführt zu werden.

---

<sup>173</sup> Eine Bilanz des Umbruchprozesses steht bis dato noch aus. Eine Tagung des Wissenschaftsrats und des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft versuchte sich im Februar 2002 an einem Resümee. Danach hätten von 35000 Akademiemitarbeitern 12000 Anstellungen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefunden. Vgl. Uwe Schlicht: Richtiges getan mit schlechtem Gewissen, in: Der Tagesspiegel vom 11.2.2002; wie man hier auf die Zahl von „35000 Akademiemitarbeitern“ kommt, ist unklar, realistisch dürfte vielmehr eine Zahl von ca. 24000 Mitarbeitern sein.

<sup>174</sup> Vgl. Mitchell G. Ash: Scientific Change in Germany 1933, 1945, 1990: Towards a Comparison, in: *Minerva* 37 (1999) S.329-354.